

Geschäftsbericht des Landesbezirksvorstandes der GdP Brandenburg von 2010 bis 2014

Redaktionsschluss 3. Dezember 2013

Der vorliegende Geschäftsbericht beleuchtet schlaglichtartig die Arbeit, die Erfolge, aber auch die Niederlagen unserer in den zurück liegenden vier Jahren geleisteten Gewerkschaftsarbeit.

Wenn auch nicht im Einzelnen aufgeführt, so darf doch nicht unerwähnt bleiben, dass neben dieser Übersicht hunderte von Aktionen, Veranstaltungen und Events durch unsere GdP-Kreisgruppen initiiert, organisiert und durchgeführt wurden. Da waren die vielen begleitenden Gespräche zwischen den Mitgliedern der Kreisgruppen und den Landtagsabgeordneten aller Fraktionen zu den großen Themen Polizeistrukturreform, Lebensarbeitszeit, Weihnachtsgeld und Altersteilzeit sowie Vorruhestand. Dazu gehören auch die Informationsveranstaltungen zur Vorbereitung auf den Ruhestand, die die Kreisgruppen neben dem Bildungswerk selbst durchführten, die jährlichen, erfolgreichen Anstrengungen unserer Jungen Gruppe bei der Mitgliedergewinnung an der Fachhochschule, die vielfältigen Veranstaltungen der Kreisgruppen für ihre Mitglieder - vom Frauentag, Veranstaltungen für Senioren, Polizeifesten bis zu den Kinderweihnachtsfeiern für unseren „Nachwuchs“.



DAS
Zeichen für
Rückhalt
Beistand
Hilfe

GEMEINNÜTZIGE POLIZEIHILFE
BRANDENBURG E. V.

Dazu zählt auch die Begleitung der unzähligen Rechtsschutzbegehren unserer Mitglieder durch die Rechtschutzkommission, die Hilfe bei Disziplinarverfahren und die Betreuung unserer Kolleginnen und Kollegen durch die „Gummibärchenbande“ bei Fußballspielen, Veranstaltungen und Demos aller Art und beim Hochwassereinsatz. Ebenso soll nicht unerwähnt bleiben, dass sich unser „Grüner Stern“ um unsere in Not geratenen Kolleginnen und Kollegen kümmert. Und natürlich gehört auch das Engagement unserer Kreisgruppenvorstände, Vertrauensleute und Mitglieder zur Bewältigung der tagtäglichen Sorgen und Nöte unserer Kolleginnen und Kollegen dazu.

Erst dieses Gesamtbild zeigt das, was wir sind – eine starke Gemeinschaft!

Das Jahr 2010

- 19./20. Febr. Der 6. Ordentliche Delegiertentag. Neben der Wahlen des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstandes diskutieren 150 Delegierte über die Themen: Überalterung, Personalabbau, Strukturveränderungen, ungerechtes Beurteilungssystem, unzureichende Beförderungsmöglichkeiten und hohe Krankenstände. Auf heftige Kritik stießen die Äußerungen von Innenminister Speer zum Stellenabbau und der Behauptung, dass unsere Kolleginnen und Kollegen um 30 % ineffektiver arbeiten als Polizisten anderer Länder.
28. Febr. Das Ergebnis der Tarifverhandlungen liegt auf dem Tisch. Nach harten Verhandlungen und vielen Aktionen, an denen auch wir uns beteiligt hatten, und einer Schlichtung, konnte eine Null-Runde verhindert werden. Das magere Ergebnis:
1,2 % ab 1.1.2010
0,6 % lineare Erhöhung sowie 250 € ab 1.1.2011
0,5 % ab 1.8.2011
3. März Spitzengespräch gem. § 130 LBG. Es geht um eine Novellierung des Versorgungsrechts, laubahnrechtliche Regelungen, die Dienstrechtsreform, Weihnachtsgeld, das Beurteilungs(un)wesen und die beabsichtigte Anpassung der Lebensarbeitszeit der Beamten an das Rentenrecht.
Die GdP unterstreicht ihre Forderung nach einer freiwilligen Verlängerung der LAZ. Finanzminister Markov spricht sich für eine „soziale Staffelung“ beim Weihnachtsgeld aus, die bei uns auf Ablehnung stößt.
3. / 4. März Wahlen der Personalräte in den Schutzbereichen, der Gesamtpersonalräte in den beiden Polizeipräsidien und des Polizeihauptpersonalrates. Trotz vielfältiger Probleme in der Polizei sprechen unsere Kolleginnen und Kollegen ihrer Gewerkschaft der Polizei das Vertrauen aus. 185 der 237 (das sind gut 78 %) der zu vergebenen Plätze gehen an die Kandidaten der GdP. Eine Wahlbeteiligung von 68,62 % stärkt unseren Vertretern in den Personalräten weiterhin den Rücken gegenüber den Dienststellenleitungen.
24. / 25. März Der GdP-Landesbezirksvorstand beschließt einen Aktionsplan zum geplanten Stellenabbau und den damit verbundenen Strukturveränderungen.
8. April Die Gewerkschaft der Polizei fordert Innenminister Speer auf, in seiner Kommission zur Gestaltung der Polizei 2020 neben Strukturveränderungen auch Maßnahmen zur Mitnahme der Beschäftigten in den Veränderungsprozess einzubringen und unterbreitet dazu auch Vorschläge:
- größtmögliche Transparenz aller Entscheidungen,

- Anwendung des TV-Umbau auf alle Maßnahmen im Rahmen der Polizeireform und auf alle Beschäftigungsgruppen,
- keine Einschnitte in Besoldung und Entlohnung, 1:1 Übernahme von Tarifergebnissen für die Beamten,
- Fortzahlung des Weihnachtsgeldes auf dem Niveau von 2003,
- Gewährleistung der Pensionierungen in den Ämtern A 9 für den m.D. und mindestens A 11 für den g.D.,
- Verlängerung der Lebensarbeitszeit nur nach dem Prinzip der Freiwilligkeit,
- Einstellungen nur noch in den gehobenen Dienst,
- 200 Aufstiegsmöglichkeiten in den g.D. und Verkürzung der Lehrgangsdauer auf 6 Monate,
- Mindestens 150 Einstellungen im Jahr

12. April

In einem Gespräch zwischen Vertretern der GdP und Finanzminister Markov wird ein Einstellungskorridor von 150 vereinbart. Darüber hinaus bekräftigt die Gewerkschaft der Polizei ihre Forderung zum Erhalt des Weihnachtsgeldes sowie der Finanzierung von Beförderungen im Haushaltsgesetz.

13. April

Die Arbeitsgruppe ROT – ROT trifft sich zu ihrer ersten Beratung in der Geschäftsstelle. In den nächsten Jahren wird es ihre Aufgabe sein Ideen zu sammeln, Plakate, Flyer und Transparente zu entwerfen sowie GdP-Aktionen gegen den Personal- und Sozialabbau in der Brandenburger Polizei vorzuschlagen, vorzubereiten und zu koordinieren.



(Eines der Plakate der AG Rot-Rot zum Thema Verlängerung der Lebensarbeitszeit)

14. April

Die Gewerkschaft der Polizei erarbeitet eine erste Stellungnahme zum Entwurf einer neuen Beurteilungsverwaltungsvorschrift.

14. April In einem Brief an Staatssekretär Zeeb fordert die Gewerkschaft der Polizei sowohl den Verbleib von wichtigen polizeilichen IT-Anwendungen beim Zentraldienst der Polizei als auch
- konsequente Anwendung des TV-Umbau für alle Arbeitnehmer und Beamten,
 - den dauerhaften Erhalt des Beschäftigtenstatus im ÖD,
 - mindestens den Erhalt der aktuellen Eingruppierung,
 - Standortgarantie für alle Betroffenen,
 - umfassende Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten
16. April Vertreter der GdP führen Gespräche mit dem Personalreferat des MI zur Führung von Musterprozessen im Zusammenhang mit der vorübergehenden bzw. dauerhaften Übertragung höherwertiger Funktionen.
19. / 20. April Auf der Bundesseniorenkonferenz beraten auch Vertreter aus Brandenburg unter dem Motto „Leben gestalten – Senioren übernehmen Verantwortung“. Erstmals in der Geschichte der GdP wird mit Sigrid Graedtker eine Frau in den Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstand gewählt.
24. April In einer Mitgliedervollversammlung der GdP beraten ca. 200 Kolleginnen und Kollegen über Maßnahmen zur Verhinderung des Sozial- und Stellenabbaus in der Polizei. Die AG ROT-ROT legt erste Arbeitsergebnisse vor. Das Brandenburger „Schmählied“ wird uns in den nächsten Jahren auf vielen Demos und Veranstaltungen begleiten.
26. April Vor dem 18. Betriebsräte- und Arbeitnehmerforum der SPD Fraktion in Hermannswerder demonstrieren gemeinsam mit Vertretern der GEW etwa 50 Kolleginnen und Kollegen unter dem Motto „Wir sehen ROT“. Auf unseren Protest gegen die Streichung des Weihnachtsgeldes, der beabsichtigten Verlängerung der Lebensarbeitszeit, der aus der letzten Tarifrunde noch ausstehenden 1,4 % für die Beamten, dem Wegfall von Vorruhestands- und Altersteilzeitregelungen, gegen den „Verkauf“ von Absolventen der FHPol und der Überalterung des Personals entgegnet uns der damalige SPD Fraktionsvorsitzende Dr. Dietmar Woidke, dass die Angleichung von 100 % Besoldung zum 1. Januar 2010 „schon teuer genug“ war.
- 26.-28. April 12 Mitglieder der Jungen Gruppe Brandenburg nehmen an der Bundesjugendkonferenz in Potsdam teil. Im Mittelpunkt der Konferenz stehen Themen wie Gewalt gegen Polizisten sowie die Gefährdung Jugendlicher durch Alkohol und andere Drogen.
28. / 29. April Die GdP beteiligt sich mit eigenen Listen an den Personalratswahlen zum Hauptpersonalrat im Innenministerium.

28. April Die Bereisung von Polizeidienststellen verläuft anders, als es sich Innenminister Speer vorgestellt hatte. Viele Mitglieder der GdP nehmen die Bereisung zum Anlass, um auf die Probleme und Folgen im Zusammenhang mit dem geplanten Stellenabbau aufmerksam zu machen. Allein an der FHPol bereiteten über 100 Kolleginnen und Kollegen dem Innenminister einen wütenden Empfang. Sie forderten eine Übernahmegarantie für unsere Anwärter und sprachen sich gegen den skandalösen „Verkauf“ von Absolventen nach Berlin aus. Auch Fragen zur Reduzierung der Einsatzhundertschaften, den beabsichtigten Wachenschließungen und zur Streichung des Weihnachtsgeldes musste sich der Innenminister gefallen lassen.
- April Expertenkommission eingesetzt. Die Gewerkschaft der Polizei bringt sich mit Vorschlägen in die Arbeit der Kommission ein und fordert sie auf, neben Vorschlägen zu einer neuen Polizeistruktur auch Vorschläge zur Mitnahme der Beschäftigten zu erarbeiten. Aus Sicht der GdP gehören dazu u.a.:
- größtmögliche Transparenz aller Entscheidungen,
 - Anwendung des TV-Umbau und dessen Erweiterung auf den Bereich der Beamten,
 - keine Einschnitte in Besoldung und Entlohnung,
 - Fortzahlung der Sonderzuwendungen,
 - attraktive Regelungen zur Altersteilzeit und Vorruhestand,
 - Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf freiwilliger Basis,
 - Einstellungskorridor von 150 nur noch in den g.D.,
 - jährlich 200 Aufstiegsmöglichkeiten für den m.D.
5. Mai Anlässlich der Beratung zum Haushalt 2010 demonstrieren wir vor dem Brandenburger Landtag in Potsdam. Ca. 200 Kolleginnen und Kollegen empfangen die Abgeordneten wütend und mit



gellenden Pfiffen. Die Teilnehmer des parallel stattfindenden Seminars „GdP erleben“ unterstützen uns mit spontan angefertigten Transparenten und Plakaten. Während einige Volksvertreter das Gespräch mit uns suchten, stoppte der Wagen unseres Innenministers nur kurz, um dann aber gleich weiter zu fahren. Er ließ uns später wissen, dass er einen wichtigen Termin hatte.

10. Mai Auf Einladung der GdP trafen sich 16 Spitzenvertreter des DGB und des DBB in unserer Geschäftsstelle, um über das Stimmungs- und Meinungsbild unserer Kolleginnen und Kollegen zu diskutieren. Unser GdP-Aktionsplan fand dabei breite Zustimmung unter den anwesenden Gewerkschaftsvertretern. Es wurde aber auch deutlich, dass die Gewerkschaft der Polizei die „Führungsrolle“ beim Kampf gegen den Personal- und Sozialabbau hat.
12. Mai Die Fachausschüsse „Schutzpolizei“ und „WSP“ beraten u.a. zu Themen wie der beabsichtigten Verlängerung der Lebensarbeitszeit, dem offensichtlich unterschiedlichen Stellenwert der WSP in den Präsidien Frankfurt und Potsdam und dem weiteren Umgang mit FAM.
26. Mai Im Rahmen des GdP-Bildungswerkes treffen sich neue Vertrauensleute in Prieros und diskutieren darüber, wie Gewerkschaftsarbeit noch besser gemacht werden kann.
- Mai Wie immer ist das Inlineskater-Seminar ausgebucht. In Theorie und Praxis erlernen sportbegeisterte Mitglieder den sicheren Umgang mit den Rollen unter den Füßen.
1. Juni Trotz aller Warnungen vor sinkender Motivation beschließen das Kabinett und anschließend die Fraktionen von SPD und LINKE die Streichung des Weihnachtsgeldes für die Beamten. Entgegen vorherigen Wahlkampfaussagen treibt die rot-rote Landesregierung die Spaltung von Tarifbeschäftigten und Beamten weiter voran.
Ministerpräsident Platzecks Aussage: „Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das Wertvollste der Landesregierung“ wird mehr und mehr zur Farce. Die im Koalitionsvertrag zugesicherten Verhandlungen mit den Gewerkschaften weichen einem politischen Diktat.
6. Juni Unsere Kreisgruppen führen Aktionen vor den von einer Schließung bedrohten Polizeiwachen durch.
11. Juni In einer außerordentlichen Sitzung des Landesbezirksvorstandes beraten die Mitglieder über Probleme im Zusammenhang mit dem Personalabbau und der Polizeistrukturereform.

12. Juni SPD-Parteitag in Velten. 150 Kolleginnen und Kollegen sowie Vertreter von GEW, IG BAU und Verdi bereiten den Delegierten der SPD einen lautstarken Empfang. Im Mittelpunkt unserer Aktion stehen natürlich der beabsichtigte Stellenabbau und die bevorstehenden Strukturveränderungen. Innenminister Speer ist



doppelt genervt. Nicht nur, dass er von Protesten empfangen wird, er wird auch noch von Einsatzkräften aufgefordert, sein Auto aus dem Parkverbot zu fahren.

Auch Frank-Walter Steinmeier als Gast des Parteitages zeigt sich beeindruckt von den heftigen Protesten.

14. Juni Die Kreisgruppen MOL, UM und LKA organisieren eine gemeinsame Mitgliederversammlung, zu der sie auch zahlreiche Vertreter aller Landtagsfraktionen und der GEW eingeladen hatten. Im Mittelpunkt standen natürlich auch hier der Stellenabbau, die bevorstehende Polizeireform und die Streichung des Weihnachtsgeldes.
15. Juni Die Uni Potsdam legt den Abschlussbericht der von der Gewerkschaft der Polizei über den Polizei-Hauptpersonalrat initiierten Untersuchung psychischen Arbeitsbelastungen der Beschäftigten in der Polizei vor.
Über 2400 Beschäftigte haben sich an der Befragung beteiligt. Die Feststellung der GdP wird nun erstmalig für die Brandenburger Polizei wissenschaftlich untermauert.
16. – 18. Juni In einer Arbeitstagung in Prieros tauschen sich unsere Disziplinarverteidiger zur weiteren Verbesserung ihrer Arbeit für unsere Kolleginnen und Kollegen aus.
22. Juni Unter der Überschrift „Unsere Polizisten sind kein Freiwild!“ reagiert die Gewerkschaft der Polizei mit scharfem Protest auf den

- Vorstoß der CDU zur gesetzlichen Einführung von Namensschildern.
28. Juni Der Fachausschuss „Kriminalpolizei“ berät über die Folgen des Personalabbaus in der Polizei. In einem Positionspapier und einem gemeinsam mit dem Fachausschuss „Aus- und Fortbildung“ erarbeiteten Fortbildungskonzept für die Kripo wird auf die dringlichsten Forderungen verwiesen. Diese Vorschläge zur zentralen und dezentralen Fortbildung werden auch der Expertengruppe zur Verfügung gestellt.
29. Juni Unsere Junge Gruppe lädt zum jährlichen Beachvolleyballturnier ins EJB Werbellinsee ein. Bei einer Rekordbeteiligung von 19 Teams und bestem Wetter standen vor allem Fun und tolle Gespräche im Mittelpunkt.
1. Juli Das Innenministerium reagiert endlich auf die Forderung der Gewerkschaft der Polizei zur Aufhebung der Zielvereinbarungen – oder besser – Zielvorgaben zur Verkehrsüberwachung und hebt diese auf.
7. Juli Innenminister Speer legt den Bericht der im Januar einberufenen so genannten Expertenkommission vor. Trotz der begründeten Proteste von Gewerkschaften, Land- und Kreistagsabgeordneten, Bürgerinitiativen, Bürgerinnen und Bürgern sieht der Bericht den Abbau von 1900 Stellen (21 % des Personalbestandes) und die Reduzierung von 50 auf 16 Polizeiwachen vor. Die Gewerkschaft der Polizei macht noch einmal auf die Folgen für Interventionszeiten und die Kriminalitätsbekämpfung aufmerksam.
13. Juli Im Landtag diskutieren Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei zu bevorstehenden Änderungen im Beamtenrecht und fordern erneut Verhandlungen zu einem Personalentwicklungskonzept.
6. August Der Fachausschuss „Kriminalpolizei“ legt nach mehreren Sitzungen ein Positionspapier zur Polizeireform vor. Darin fordert die Gewerkschaft der Polizei u.a.
- Personalausstattung auf Grundlage von Belastungszahlen,
 - Einbindung der Ergebnisse der Evaluierung der Kripo aus 2008,
 - Einführung eines Kriminaldauerdienstes,
 - Einführung von dezentralen Kriminalwachen,
 - Landesweite Einführung von ZENTRAB,
 - Abbau von Bürokratie, Doppelerfassung und Vereinfachung von IT-Anwendungen,
 - fachliche Fortbildung mit Zertifizierung für die Kripo
26. August Die Gewerkschaft der Polizei lehnt das von der CDU vorgestellte „Alternative Polizeikonzept“ ab. Zwar enthält es eine Reihe von

Forderungen der GdP, doch das Festhalten an der Laufbahn des mittleren Polizeivollzugsdienstes ist für uns nicht hinnehmbar.

30. / 31. August Seniorinnen und Senioren aus den Kreisgruppen treffen sich in Prieros zum Seminar „Aktiv im Ruhestand“. Neben einer Wanderung in die Umgebung ging es bei Volleyball, Tischtennis und Krafftraining richtig sportlich zu.
1. September Mit der Einstellung des bürokratischen Monsters proweb.sax kommt das Innenministerium endlich einer alten Forderung der GdP nach.
4. / 5. September Anlässlich des Brandenburgerntages in Schwedt startet die Gewerkschaft der Polizei eine Volksinitiative „Für den Erhalt einer leistungs- und handlungsfähigen sowie wahrnehmbar präsenten Polizei in allen Regionen des Landes Brandenburg“. Ziel ist es, dass sich der Landtag nochmals mit der Sicherheitslage in Brandenburg und vor allem mit dem Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger auseinandersetzen muss, um dann die



derzeitigen Beschlüsse der Landesregierung zur Polizeireform zu hinterfragen und ggf. zu korrigieren. Wir waren selbst überrascht, wie groß die Resonanz der Bürgerinnen und Bürger war – 4500 Unterschriften schon an den ersten beiden Tagen.

Andreas Schuster: „Von den durch uns angesprochenen Bürgern waren lediglich zwei nicht bereit zu unterschreiben. Es handelte sich dabei um einen Bürger aus Polen, der uns nicht verstand (und sowieso nicht hätte unterschreiben dürfen) und unseren Innenminister Speer, der uns zwar verstand, aber dennoch nicht unterschreiben wollte.“

Ministerpräsident Platzeck sagte zwar einen Besuch zu, machte dann aber doch einen weiten Bogen um unseren Stand.

Wir sind mehr als sicher, dass wir noch weit vor der geforderten Jahresfrist die notwendigen 20000 Unterschriften zusammen bekommen werden.

8. September Zum Beginn der Landtagssitzung nutzen Vertreter der GdP die Möglichkeit, weitere Unterschriften für unsere Volksinitiative zu sammeln. Inzwischen sind auch in allen Kreisgruppen des Landes die Unterschriftensammlungen angelaufen.
20. September 14 Kolleginnen und Kollegen treffen sich zum VL-Aufbauseminar in Prieros.
23. September Rainer Speer tritt zurück. Neuer Innenminister wird am 6. Oktober der bisherige Fraktionsvorsitzende der SPD, Dr. Dietmar Woidke. Die Gewerkschaft der Polizei nimmt dies zum Anlass, vor dem Landtag ihre Forderungen zum Erhalt aller Polizeistandorte und zum Stopp des Personalabbaus zu erneuern. Gleichzeitig fordern wir den neuen Innenminister auf, unsere Vorschläge zur Polizeireform neu zu bewerten, mit uns in konstruktive Gespräche einzutreten und gemeinsame Lösungsvorschläge zu erarbeiten.
30. September Der Bürgermeister der Stadt Lübbenau informiert uns darüber, dass die Stadtverordnetenversammlung am 29. September eine Resolution zur Unterstützung unserer Volksinitiative verabschiedet hat.
4. Oktober Mit einem offenen Brief an die Abgeordneten des Landtages sowie an den Ministerpräsidenten stellt sich der Städte- und Gemeindebund Brandenburg hinter unsere Volksinitiative.
6. Oktober Nach dem Rücktritt Speers wird Dr. Dietmar Woidke als neuer Innenminister vereidigt. Die Gewerkschaft der Polizei nimmt dies zum Anlass, vor dem Landtag auf unsere Forderungen im Zusammenhang mit dem Stellenabbau und der Polizeistrukturenform aufmerksam zu machen.
28. Oktober Der Entwurf zum Gesetz zur Polizeistrukturenreform „Polizei 2020“ sowie das Konzept der Landesregierung für eine mittelfristige Stellen- und Personalentwicklung liegen vor. Im Rahmen der öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Inneres erhält die Gewerkschaft der Polizei die Gelegenheit, an Hand eines Kataloges von 49 detaillierten Fragen ein 10minütiges Statement abzugeben. Die GdP regte in diesem Zusammenhang an, dem Landtag eine Entschließungsvorlage zu unterbreiten, der die Mitentscheidung des Landtages an grundsätzlichen Strukturveränderungen sicherstellen soll.
1. November Die Haushaltsannahme des Landes auf Grundlage der Steuer-schätzung wird ein Plus im zweistelligen Millionenbereich erge-

ben. Dies nimmt die Gewerkschaft der Polizei zum Anlass, die Landesregierung aufzufordern, den Beamten noch im laufenden Jahr ein Weihnachtsgeld auf Grundlage der Vereinbarung für die Jahre 2007 bis 09 (Grundbetrag + Aufstockungsbetrag) zu zahlen.

1. - 4. Nov. Die erste Landesseniorenfahrt führt unsere „Ehemaligen“ in die Elbmetropole nach Dresden. Das Programm reichte vom Besuch der Bastei und des Dresdner Zwingers, über das Grüne Gewölbe bis zur Besichtigung der wieder errichteten Frauenkirche.
8. November Die Kreisgruppe LESE wendet sich an den Landesbezirksvorstand. Anlass ist der Castor-Transport nach Gorleben. Unsere Einsatzkräfte sind seit 30 Stunden ununterbrochen im Einsatz und ein Ende ist noch nicht abzusehen. Physisch und psychisch am Ende wird unseren Kolleginnen und Kollegen erklärt, dass die im LF 150 vorgeschriebene Unterbringung aus Kostengründen nicht erfolgen wird.
Die GdP fordert Innenminister Woidke auf, sofort zu reagieren.
Andreas Schuster: „Der ständige Personalabbau bei der Polizei in Bund und Ländern hat katastrophale Folgen. Unsere Kolleginnen und Kollegen werden regelrecht auf Verschleiß gefahren. Trotz enormer Zeitüberschreitung ist ein Herauslösen meist gar nicht möglich, da kein Ersatz zur Verfügung steht. Die GdP wird die Innenministerkonferenz auffordern, den Einsatz kritisch nachzubereiten und den dramatischen Personalabbau in Bund und Ländern zu stoppen.“
16. November Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN beantragt eine Modernisierung der Landesverwaltung. Unter anderem schlägt sie vor:
- das Pensionierungsalter der Beamten dem Renteneintrittsalter anzupassen,
 - die Pensionierungsansprüche nicht mehr an der letzten Besoldung, sondern am Lebensdurchschnittseinkommen festzumachen,
 - kein Weihnachtsgeld mehr zu zahlen,
 - Beamte in die gesetzliche Krankenversicherung zu überführen
- Die GdP macht deutlich, dass Polizeibeamte auch Arbeitnehmer und keine Sklaven sind, denen man einerseits ständig zusätzlich Aufgaben aufbürdet und gleichzeitig Leistungen streicht.
17. November Bundesinnenminister de Maiziére spricht eine konkrete Terrorwarnung für Deutschland aus. Wovon die Gewerkschaft der Polizei seit Jahren gewarnt hatte, was Insider seit langem kannten, ist nun Realität. Die Brandenburger GdP begrüßt zwar die offenen und deutlichen Worte des Bundesinnenministers, verweist aber auch darauf, dass in vielen Bereichen nicht einmal mehr die Mindestdienststärken realisiert werden können, obwohl der ei-

gentliche, politisch beschlossene, Personalabbau noch gar nicht richtig begonnen hat.

26. / 27. Nov. Landesjugendkonferenz in Prieros. Nach einem Rückblick auf die geleistete Arbeit werden ein neuer Landesjugendvorstand und Kollege Alexander Poitz zum Landesjugendvorsitzenden gewählt. Anschließend erarbeiten die Teilnehmer Eckpfeiler für ihre zukünftige Arbeit.
11. Dezember Wir rufen alle Kolleginnen und Kollegen auf, sich an der Postkartenaktion der GEW zur Zahlung des Weihnachtsgeldes für die Beamten zu beteiligen.
14. Dezember Die Unterschriftensammlung anlässlich unserer Volksinitiative hat alle unsere Erwartungen übertroffen. Unmittelbar bevor der Landtag das Gesetz zur Polizeistrukturereform Polizei 2020 beschließen soll, können wir nach nur drei Monaten fast 79.500 Unterschriften an Landtagspräsidenten Gunter Fritsch übergeben. Das ist ein klares Votum unserer Bürgerinnen und Bürger. Die Gewerkschaft der Polizei fordert den Landtag auf, zumindest im Rahmen einer Entschließung klare Vorgaben zur künftigen Polizeistruktur zu verabschieden.
20. Dezember Bei einem Arbeitstreffen mit Innenminister Dr. Woidke diskutierte der GLBV Fragen zur Polizeistrukturereform und den Forderungen der GdP für ein Personalentwicklungskonzept. Wir kritisierten erneut, dass mit dem Organisationserlass für das Landespolizeipräsidium nicht gleichzeitig auch die Organisationserlasse für die Polizeidirektionen vorgelegt wurden. Im Ergebnis des Gesprächs konnte die Umsetzung von drei GdP-Forderungen festgestellt werden:
- neben der Direktion LKA wird es auch eine Direktion Besondere Dienste geben,
 - sowohl im Polizeipräsidium als auch in den Direktionen wird das so genannte Stabsmodell umgesetzt,
 - es bleiben alle Wachenstandorte erhalten.
- In der Diskussion um ein Personalentwicklungskonzept unterstrichen wir nochmals unsere Forderungen zu einem Einstellungskorridor für Verwaltung und Vollzug, Beförderungen, mehr Aufstiegsmöglichkeiten, zur flexiblen Lebensarbeitszeit, Altersteilzeit und Vorruhestand sowie angemessenem Weihnachtsgeld.

Das Jahr 2011

11. Januar Die Gewerkschaft der Polizei fordert über einen Initiativantrag an den Polizei-Hauptpersonalrat das Innenministerium auf, das Gesundheitsmanagement neu zu gestalten. Die Auswertung der Untersuchung der Uni Potsdam zeigt dazu einen breiten Handlungsbedarf. Die GdP hat in diesem Zusammenhang Handlungsfelder identifiziert und fordert, diese in das Rahmenkonzept Gesundheitsmanagement einfließen zu lassen.
26. Januar Mit der Entscheidung des OVG Niedersachsen wird die GdP-Forderung zur Anerkennung von Bereitschaftszeiten als Einsatzzeiten endlich umgesetzt. Die GdP Brandenburg fordert den Innenminister auf, für den in Kürze anstehenden nächsten Castor-Einsatz entsprechende Arbeitszeitregelungen zu treffen.
25. Januar In Vorbereitung der anstehenden Tarifverhandlungen fordert die Gewerkschaft der Polizei die Fraktionsvorsitzenden von SPD, Ralf Holzschuher, und DIE LINKEN, Kerstin Kaiser, auf, noch im Februar Verhandlungen zu den Punkten:
- Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamten,
 - Ausgleich der Differenz von 1,4 % aus 2006 und
 - Sonderzuwendungen für 2010 und Folgejahre aufzunehmen.
27. Januar Erneut fordert die Gewerkschaft der Polizei das Innenministerium auf, die seit Jahren ungeklärten Probleme zum Gesundheitsschutz, den Arbeitsbedingungen und den unklaren Regelungen zu Auslandszulagen, Auslandsunfallschutz und Auslandskrankenversicherung zu klären.
27. Januar Im Innenausschuss findet die Anhörung zum Gesetzentwurf der CDU zur Zwangskennzeichnungspflicht statt. Die GdP gibt dazu eine umfangreiche Stellungnahme ab.
Andreas Schuster: „Wir wollen keine anonyme Polizei. Aber es geht um den Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen und ihrer Familien. Neben wachsenden Sorgen um die Gesundheit und das Leben eines bei der Polizei beschäftigten Familienmitgliedes, drohen den Angehörigen jetzt zusätzlich Telefonterror und massive Bedrohungen. Nicht umsonst haben die Bundesregierung und die CDU in Berlin eine solche Regelung für ihre Zuständigkeitsbereiche abgelehnt.“
14. Februar Erstes Spitzengespräch gem. § 130 LBG nach dem Wechsel des Innenministers.
Die wichtigsten Punkte:
- Neuregelungen zum Besoldungs- und versorgungsrecht,
 - Ansparmöglichkeiten von Urlaub,
 - Novellierung des Personalvertretungsgesetzes,

- Übertragung des Tarifergebnisses für den Bereich der Beamten,
- Polizeistrukturereform

2. März In einem Gespräch zwischen Vertretern der GdP und des Innenministers sowie des Staatssekretärs bekräftigte die GdP erneut ihre Forderungen im Zusammenhang mit der Polizeistrukturereform. Innenminister Dr. Woidke sagte zu, dass auch 2020 an jedem bisherigen Standort Polizei sein wird. Wir kritisierten, dass die Fachdirektionen keine eigene Personalhoheit erhalten sollen und forderten die Einführung von Anlassbeurteilungen.
3. März Begleitet von einer Protestaktion vor dem Landtag nimmt die Gewerkschaft der Polizei im Innenausschuss nochmals die Gelegenheit wahr, ihre Position zur Volksinitiative darzustellen. Offensichtlich hinterließ diese Anhörung Spuren. Die Mitglieder verständigten sich darauf, dass sich die Fraktionen des Landtages nochmals bis zum 31. März eine Meinung bilden und dem Innenausschuss zuleiten sollen. In einem weiteren Tagesordnungspunkt behandelte der Innenausschuss den Gesetzentwurf zur Kennzeichnungspflicht. Nach Änderungsvorschlägen von Bündnis 90/Die Grünen vertagte der Innenausschuss die weitere Behandlung des Gesetzentwurfes auf den 5. Mai.
8. März 12.000 Mitglieder von GdP, GEW, Verdi und DBB demonstrieren in Potsdam anlässlich der Tarifverhandlungen für den ÖD. Wir fordern ein tragfähiges Angebot für unsere Arbeitnehmer, die



Zeit und inhaltsgleiche Übernahme für die Beamte, Weihnachtsgeld (rückwirkend für 2010) sowie einen Ausgleich der noch fehlenden 1,4 % aus 2008, eine Übernahmegarantie für Auszubildende und attraktive Regelungen zur Altersteilzeit.

15. März Mit 2,3 % für 2011 und 2,8 % für 2012 haben die ÖD-Gewerkschaften ein Tarifergebnis erstritten, das einen Inflationsausgleich erreicht und einen Reallohnverlust verhindert. Kein Er-



gebnis zum Jubeln, aber auch kein Grund zum Jammern. Innenminister Woidke und Finanzminister Markov bezeichnen das Ergebnis als vernünftig und fair. Wir fordern die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme für die Beamten, Weihnachtsgeld rückwirkend für 2010 und einen Ausgleich der noch immer fehlenden 1,4 % aus 2008.

24. März Die Fraktionsvorsitzenden von SPD und DIE LINKE laden die Gewerkschaft der Polizei zu einem „Arbeitsfrühstück“ ein. Einziges Thema – der Gesetzentwurf zur Kennzeichnungspflicht.
31. März Der Aufbaustab des Polizeipräsidiums schlägt in seinem vorläufigen Abschlussbericht vor, die Polizeiwachen in Wittenberge, Rheinsberg, Angermünde, Potsdam-Babelsberg und Zossen zu schließen. Offen sind darüber hinaus die Standorte Rathenow und Bad Freienwalde. Dies ist ein Verstoß gegen das Anliegen unserer Volksinitiative und den Willen von 97.000 Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes. Wir fordern den Innenminister zum Handeln auf.
31. März Der Innenausschuss empfiehlt dem Landtag die Annahme unserer Volksinitiative.
1. April Innenminister Woidke erläutert Vertretern der Gewerkschaft der Polizei den Bericht der Aufbaustäbe zur Bildung eines Landespolizeipräsidiums bzw. der Direktionen. Er macht deutlich, dass der vorliegende Bericht eine Empfehlung der Aufbaustäbe und noch kein Ministerentscheid sei. Wir machen deutlich, dass Revierpolizei-posten keine Standorte im Sinne unserer Volksinitiative sind. Darüber hinaus fordern wir für die Fachdirektionen die gleichen Personalverwaltungen und –zuständigkeiten, wie für die Territorialdirektionen. Wir kritisieren, dass mit dem Vorschlag zu einem

Landespolizeipräsidium, 4 „kleinen Präsidien“ und 15 + 1 nachgeordneten „Schutzbereiche“ eine Führungs- und Entscheidungsebene zusätzlich geschaffen wurde bei einem gleichzeitigen Abbau von 1900 Stellen.

13. April Vertreter der Gewerkschaft der Polizei und der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen treffen sich zu einem Arbeitsgespräch. Im Mittelpunkt stehen die Themen Dienstrechtsreform, Namensschilder, Stellenabbau, Polizeireform und Besoldung. Auch wenn die Positionen weit auseinander liegen, war es doch ein konstruktives Gespräch.
14. April Der Brandenburger Landtag nimmt unsere Volksinitiative einstimmig an.
Andreas Schuster: *„Unsere GdP kann stolz darauf sein, was wir erreicht haben. Wir müssen nun genau darüber wachen, wie die Polizeistrukturereform jetzt und in Zukunft umgesetzt wird.“*
19. April Auf Initiative der GdP findet ein Gespräch zwischen den Fraktionsführern von SPD (Ralf Holzschuher) und LINKEN (Kerstin Kaiser) sowie Vertretern der ÖD-Gewerkschaften flankierend zu den laufenden Tarifverhandlungen statt. Beide Regierungsfraktionen wollen die Forderungen der Gewerkschaften gegenüber dem Finanzminister und dem Innenminister unterstützen und sich im Zusammenhang mit der Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamten für Verhandlungen statt Verordnungen einsetzen.
28. April Arbeits- und Gesundheitsschutz beim Einsatz auf Autobahnen. Die Gewerkschaft der Polizei fordert das Innenministerium auf, basierend auf den Messungen des Landesamtes für Arbeitsschutz, umgehend geeignete Mittel zur Minderung der Lärmexposition zu beschaffen.
3. Mai Im Ergebnis der Verhandlungen/Gespräche zwischen den ÖD-Gewerkschaften und Finanz- sowie Innenminister wurde die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses für die Brandenburger Beamten erklärt. Für die Gewerkschaft der Polizei ist dies nicht nur ein großer Erfolg sondern auch ein wichtiger Schritt zur Erhöhung der Attraktivität des Polizeiberufes.
4. Mai Nachdem unsere Kreisgruppen und Fachausschüsse den Abschlussbericht der Aufbaustäbe einer Bewertung unterzogen haben, nutzt die GdP nochmals die Möglichkeit gegenüber dem Innenminister, Stellung zur Polizeistrukturereform zu beziehen. In einem offenen Brief an den Innenminister fordert die Gewerkschaft der Polizei gemeinsam mit den Unterstützern unserer Volksinitiative den Erhalt aller Wachenstandorte, mehr 24 Stunden/7 Tage geöffnete Reviere, den Bestand der 4. Einsatzhundertschaft sowie den Erhalt des LKA und der LESE als selbstständige Dienststellen mit personalrechtlicher Zuständigkeit.

Der Fachausschuss „Kriminalpolizei“ hat in einem umfangreichen Positionspapier Forderungen und Vorschläge erarbeitet u.a. zu folgenden Themen erarbeitet:

- Kriminalkommissariate in den Polizeiinspektionen,
- Schnittstellen KK und ZENTRAB
- Stärkung der grenznahen Bereiche wegen steigender Grenzkriminalität,
- Vereinbarung zur Verfahrensabstimmung zwischen Justiz und Polizei,
- Einführung des KDD,
- den Anforderungen entsprechende Fortbildung,
- qualifiziertes Zusammenwirken von Kripo und WWD beim ersten Angriff,
- Modernisierung der IT-Anwendungen,
- Erhalt der kriminalpolizeilichen Prävention,
- ausreichende personelle Ausstattung der operativen Fahndung und des Staatsschutzes.

18. Mai Der Landtag stimmt mit großer Mehrheit dem Gesetzentwurf der CDU zum Tragen von Namensschildern bzw. von Nummern für Polizeivollzugsbeamte zu.
Andreas Schuster: „Obwohl Amnesty International und das Innenministerium bestätigt haben, dass in den letzten 20 Jahren jeder Polizeivollzugsbeamter ermittelbar war, wird die namentliche Kennzeichnung (in der Bundesrepublik einmalig!) per gesetzlicher Regelung durchgesetzt. Dies kann nur als kollektives Misstrauen der Landesregierung gegenüber ihrer Polizei gewertet werden.“
20. - 22. Mai Zum zweiten Mal veranstaltet das GdP-Bildungswerk das Seminar „McFit Ü 40“. In Kienbaum mischen sich die sportlichen Anstrengungen mit einer Prise Olympia.
24. Mai In einem Schreiben bittet die GdP Innenminister Woidke, sich für die Anhebung der Zulagen gem. § 22 Erschwerniszulagenverordnung einzusetzen.
6. Juni Obwohl die ersten Trainer „Selbstmanagement am Arbeitsplatz“ ausgebildet sind, stehen noch nicht in allen Bereichen geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung. Auf Initiative des Gesamtpersonalrates für den Bereich Potsdam und einem vor-Ort-Termin können nun auch im Bereich Cottbus geeignete Seminarräume zur Verfügung gestellt werden.
6. / 7. Juni Personalratswahlen beim Zentralen IT-Dienstleister. Bei einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von über 70 % errang die gemeinsame Liste von GdP und Verdi 6 von 8 Plätzen. Bei der Personenwahl für die Beamten wurden sowohl als ordentliches Mitglied als auch als erstes Ersatzmitglied Kandidaten der GdP gewählt.

9. Juni Auch der Zentraldienst der Polizei war aufgefordert, einen neuen Personalrat zu wählen. Ein klarer Erfolg für die GdP. Bei den Arbeitnehmern errang die GdP 6 der 7 zu vergebenen Sitze. Bei den Beamten entfielen 3 der 4 Sitze auf die Liste der GdP. Das Wahlergebnis zeigt aber auch, dass der Aufruf „Jede Stimme zählt!“ nicht nur eine Floskel ist. Wegen einer Stimmengleichheit ging der 4. Sitz bei den Beamten per Losentscheid an die DPolG.
14. Juni 4. Beachvolleyballturnier der Jungen Gruppe im EJB Werbellinsee. 20 Teams aus der LESE, der FHPol, den Schutzbereichen und von der Signal Iduna kämpfen in diesem Jahr um den Titel.
14. / 15. Juni Reformbedingt finden Personalratswahlen für den Gesamtpersonalrat und den Personalrat beim neu gebildeten Polizeipräsidium statt. Die Kandidaten der GdP erringen 68 % der abgegebenen Stimmen. Kritisch ist jedoch die Wahlbeteiligung zu betrachten. Sie schwankt in den Bereichen zwischen 32 und 65 %.
20. Juni Die Gewerkschaft der Polizei begrüßt in ihrer ersten Stellungnahme die Novellierung der Verordnung zum Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst. Die GdP fordert jährlich 100 Aufstiegsmöglichkeiten für Kolleginnen und Kollegen des mittleren Dienstes.
20. Juni Bedingt durch die Polizeistrukturereform müssen der Gesamtpersonalrat und der Personalrat für das Polizeipräsidium neu gewählt werden. Beim Gesamtpersonalrat gehen 15 der 21 zu vergebenen Sitze an die Kandidaten der Gewerkschaft der Polizei. Beim Personalrat im Polizeipräsidium erringt die GdP bei den Beamten 10 von 13 Sitzen. Bei den Arbeitnehmern gehen beide zu vergebenen Sitze an die Vertreter unserer Gewerkschaft.
15. Juli Über unsere Poli-Service-GmbH schließen wir einen Vertrag mit der Firma F. Mattis The Cool Fashion Company ab, durch den unsere Mitglieder zu reduzierten Preisen Top Funktionsunterwäsche erwerben können.
18. Juli Über den Polizei-Hauptpersonalrat initiiert die Gewerkschaft der Polizei einen Antrag an das Innenministerium, in dem die Ausstattung des Wach- und Revierdienstes mit Körperschutzausrüstung gefordert wird. Das Kriminologische Institut Niedersachsen bestätigte 2010 die wachsende Gewalt gegen Polizeibeamte. Diese Studie zeigt, dass gerade „normale“ Streifenbeamte einem besonders hohen Gewaltrisiko ausgeliefert sind.
19. Juli Endlich ist der Knoten durchschlagen. Nach zahlreichen Gesprächen mit Landtagsabgeordneten und im Innenministerium können nun 100 Kolleginnen und Kollegen (50 im Okt. '11 und 50 im

April `12) vom mittleren in den gehobenen Dienst aufsteigen. Offen ist aber noch, wie es dann in den folgenden Jahren weiter geht.

5. August

Das höchst inoffizielle und geheime Eckpunktepapier zur Novellierung des Landesbeamtengesetzes macht seine Runde. Reizthema ist die beabsichtigte Anhebung der Pensionierungsaltersgrenze auf 67 Jahre (einschließlich Polizeivollzug). Die Rot-rote Landesregierung würde damit die besondere Lebensaltersgrenze für den Polizeivollzug de facto abschaffen. Die Gewerkschaft der Polizei lehnt diese Vorstellungen der Landesregierung strikt ab. Wir fordern den Ministerpräsidenten eindringlich auf, vor dem Gesetzgebungsverfahren Verhandlungen mit dem Ziel einer kostenneutralen Regelung mit uns aufzunehmen, die unseren Kolleginnen und Kollegen sowohl die Möglichkeit einer freiwilligen Verlängerung bei gesundheitlicher Eignung und dienstlichem Interesse, als auch ein vorzeitiges Ausscheiden zu vernünftigen Konditionen öffnet.



8. August

Auf Grund unseres Initiativantrages findet eine Info-Veranstaltung im Polizeipräsidium zum Thema Lärmexposition beim Einsatz an und auf der Bundesautobahn statt. Vertreter des Landesamtes für Arbeitsschutz, Fachkräfte für Arbeitsschutz, Beamte der BAB-Wache Michendorf, des Stabsbereiches 2 sowie des Personalrates Brandenburg und des Gesamtpersonalrates waren dazu eingeladen.

Im Ergebnis erfolgte die Anerkennung einer erhöhten Lärmexposition durch das Polizeipräsidium, in deren Folge nun kurzfristig aktive Gehörschutzmittel zu Testzwecken beschafft werden.

16 August

In seiner Antwort auf unser Schreiben vom 24. Mai sichert uns Innenminister Woidke zu, sich im Rahmen der Ressortabstimmung zum neuen Besoldungs- und Versorgungsrecht für eine Erhöhung der Erschwerniszulagen einzusetzen.

19. August

Noch einmal Kennzeichnungspflicht für Polizeivollzugsbeamte. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung hat die Gewerkschaft der Polizei das Führen eines Prozesses geprüft. Zwischenzeitlich hat der GdP- Bundesvorstand ein solches Verfahren als Musterpro-

- zess anerkannt und den Landesbezirk Brandenburg mit dessen Führung beauftragt.
29. August Die zweite Landeseniorenfahrt führt unsere ehemaligen dieses Mal ins Saarland.
1. September Nachdem das Innenministerium bereits den Aufstieg von 100 Kolleginnen und Kollegen (50/50) zugesichert hatte, liegt nun die geänderte Verordnung über den Aufstieg in die Laufbahn des gehobenen Polizeivollzugsdienstes vor. In ihrer Stellungnahme fordert die Gewerkschaft der Polizei:
- den jährlichen Aufstieg von 100 Beamten des m.D. in den g.D.
 - die Verlagerung der Prüfungskompetenz auf die FHPol und
 - die sofortige Ernennung nach erfolgreichem Bestehen der Laufbahnprüfung.
2. September Beide von der Gewerkschaft der Polizei geführten Verfahren zur Zahlung einer Zulage nach § 46 BBesG bei einer vorübergehenden bzw. dauernden Übertragung eines höherwertigen Dienstpostens verlieren wir in erster Instanz. Die Gründe für die Entscheidung sind nicht nachzuvollziehen. In beiden Fällen stellt die GdP Anträge auf Zulassung der Berufung beim OVG Berlin-Brandenburg.
6. – 8. Sept. 16 Kolleginnen und Kollegen nehmen am Seminar „Stressbewältigung“ unseres GdP-Bildungswerkes teil.
13. – 15. Sept. 15 Kolleginnen und Kollegen treffen sich zum „Rhetorik-Seminar“ in unserer „Bildungsstätte Prieros“.
16. September Im Auftrag der Landesseniorengruppe findet im Finanzministerium ein Termin zum Thema Versorgungslücke statt. Durch das Hinausschieben des Renteneintrittsalters entsteht für alle Beamten, die nach dem 01.01.2012 das 65. Lebensjahr erreichen, eine Versorgungslücke. Die Vertreter des MdF sagen uns eine Klärung zu.
28. September Der Landtag beschließt in 2. Lesung das Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz. Damit ist das Tarifergebnis 1:1 für die Beamten übernommen. Das MdF hält seine Zusage ein und überweist die Erhöhung mit dem Novembergehalt.
20. Oktober Der Innenausschuss des Landtages befasst sich mit dem Polizeieinsatz vom 24. September in Neuruppin. Es geht um die Rechtmäßigkeit von Verhinderungsblockaden.
- Andreas Schuster: *„Wer rechtsextreme Demonstrationen und Aufzüge verhindern will, muss dafür auch die rechtlichen Grundlagen schaffen. Das ist nicht Aufgabe der Polizei, sondern liegt in der Zuständigkeit der Politik. Solange es ein Versammlungsgesetz gibt, dass auch solche Demonstrationen zulässt, ist die Poli-*

zei verpflichtet, den ordnungsgemäßen Verlauf solcher Veranstaltungen abzusichern ggf. durchzusetzen.“

12. November Dem Urteil des OVG Berlin-Brandenburg folgend, musste die Stadt Neuruppin ihren Stadtgarten der NPD für deren Bundesparteitag zur Verfügung stellen. Das bedeutet Großaufgebot für die Brandenburger Polizei. Unser Einsatzbetreuungsteam kann einige kleinere Probleme mit der Unterbringung und Versorgung der Einsatzkräfte schnell vor Ort klären.
14. November Mit heftiger Kritik äußern sich GdP, GWE und Verdi zu den per Pressekonferenz bekannt gegebenen Projekten und Maßnahmen der Landesregierung zum Umbau der Landesverwaltung. Das Versprechen der Landesregierung, den Willensbildungsprozess unserer Bürgerinnen und Bürger auszubauen und die Gewerkschaften einzubeziehen scheint vergessen zu sein.
Andreas Schuster: „Erst wird ein Befehl ausgegeben und dann dürfen die Gewerkschaften ihre Meinung dazu sagen. Das nehmen wir so nicht hin!“
23. / 24. November Einer der längsten und gefährlichsten Einsätze zu einem Castor-Transport, bei dem 130 Polizisten verletzt werden (darunter auch 2 Kollegen aus Brandenburg). Die Gewerkschaft der Polizei fordert den Innenminister auf, den Einsatz dringend nachzubereiten und in der Innenministerkonferenz auszuwerten. Auch dieses Mal wurden Einsatzzeiten deutlich überschritten, Ruhezeiten und die Mindeststandards bei der Unterbringung nicht eingehalten. Die GdP fordert die Anerkennung der gesamten Einsatzzeit als Dienstzeit.
1. Dezember 600 Kolleginnen und Kollegen können befördert werden. Aber nach wie vor reicht das nicht, um die Lücke zwischen statusrechtlichem und funktionalem Amt zu schließen und die täglichen Leistungen vieler unserer Kolleginnen und Kollegen angemessen zu honorieren.
6. Dezember In einem Arbeits- und Diskussionspapier zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit liefert die Gewerkschaft der Polizei einen Überblick der über den bisherigen Stand, die historische Entwicklung der Lebensarbeitszeit und die besonderen Belastungen des Polizeivollzugsdienstes unseren Kolleginnen und Kollegen eine umfangreiche Argumentationshilfe.
9. Dezember Die Gewerkschaft der Polizei fordert in einem Schreiben den Finanzminister erneut auf, vorläufige Regelungen zur Schließung der Versorgungslücke zu treffen.
15. Dezember Die GdP wendet sich an die Große Tarifkommission. Mit der Umsetzung des Tarifergebnisses aus 2011 wurde auch eine Einmalzahlung von 360 € vereinbart. Die erhielten aber nur Be-

schäftigte und Beamte, die im Monat April Anspruch auf Bezüge hatten. Damit gingen die Kolleginnen und Kollegen leer aus, die zu diesem Zeitpunkt z.B. Elternzeit in Anspruch genommen hatten. Insbesondere vor dem Hintergrund einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss die GTK bei zukünftigen Tarifverhandlungen mit Nachdruck auch für diesen Personenkreis zumindest eine anteilige Zahlung gegenüber der Arbeitgeberseite fordern.

Das Jahr 2012

4. Januar Mit einer Pressemitteilung äußert sich die Gewerkschaft der Polizei zur Grenzkriminalität in Brandenburg. Sowohl Bundes- und Landesinnenminister bemühen sich ständig darauf hinzuweisen, dass es mit der Grenzöffnung keinen Kriminalitätsanstieg geben wird. Jeder der etwas anderes behauptet, so wie die GdP, wird der Schwarzmalerei bezichtigt. Auf Druck unserer Bürgerinnen und Bürger setzt Innenminister Woidke für drei Monate 3 Einsatzhundertschaften in der Grenzregion ein. Die GdP fordert langfristige Konzepte zur Bekämpfung der Grenzkriminalität. Dazu kommt, dass die Bereitschaftspolizei bereits 78.000 Überstunden vor sich her schiebt und die Anforderungen zu Einsätzen wie Stuttgart 21, Bundesligaspielen und Großdemonstrationen in Dresden schon vorliegen.
13. Januar Das GdP-Bildungswerk stellt sein Seminarprogramm für das Jahr 2012 vor. Neben bewährtem wird es auch ein familienpolitisches Seminar und ein Seminar speziell für unsere jüngeren Kolleginnen und Kollegen geben.
6. Januar Finanzminister Markov lehnt unsere Forderung vom 9. Dezember zu einer vorläufigen Regelung zum Schließen der Versorgungslücke ab. Unter anderem schreibt er: *„Allerdings erscheint mir der Nachteil (für die Bediensteten, Anm. d. Redaktion) hinnehmbar, denn die finanzielle Einbuße wird voraussichtlich mit dem Inkrafttreten der Neuregelung rückwirkend ausgeglichen werden.“*
23. Januar Die Gewerkschaft der Polizei berät mit Führungskräften der Fachdirektion Besondere Dienste die besonderen Belastungen unserer Kolleginnen und Kollegen bei Großeinsätzen. Dabei kommt auch das Verhalten von Spitzenpolitikern zur Sprache, wenn diese sich an die Seite von gewaltbereiten Demonstranten stellen. Im Ergebnis dieser Beratung fordert die GdP:
- die strikte Einhaltung der Vorgaben des Leitfadens 150 (Versorgung und Unterbringung),
 - die Anerkennung von Einsatzzeiten 1:1 als Dienstzeiten,
 - Zurückhaltung von Politikern bei rechtswidrigen Handlungen von Demonstranten.
- Darüber hinaus werden Fragen der personellen und technischen Ausstattung der Fachdirektion Besondere Dienste besprochen.

- Januar
Innenminister Woidke würdigt in seinem Schreiben die Leistungen unserer Kolleginnen und Kollegen beim Castoreinsatz. Er bestätigt auch, dass die eingesetzten Kräfte neben den besonderen Belastungen vor Ort auch andere, darüber hinaus gehende Widrigkeiten bezwingen mussten.
Die Anrechnung der Dienstzeiten 1:1 steht für ihn außer Zweifel. Zeiten des Einsatzes, die nicht Einsatzzeiten sind, sind Bereitschaftszeiten und damit voll umfänglich als Dienstzeiten anzurechnen.
9. Februar
Zum 2. Mal treffen sich Vertreter der Landesregierung, der Regierungsfractionen und Vertreter der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes in der Staatskanzlei. Wieder geht es um die Themen Lebensarbeitszeit und Besoldung. Für die GdP fordert Andreas Schuster, endlich Nägel mit Köpfen zu machen und alle Lyrik bei Seite zu lassen.
Die Landesregierung betont, dass es ihr wichtig sei, die Attraktivität des Öffentlichen Dienstes durch Verlassen der hinteren Ränge im Besoldungsranking der Länder zu erhöhen
Im Ergebnis der Beratung soll eine Arbeitsgruppe mit je 3 Vertretern der Landesregierung und der Gewerkschaften gebildet werden, die die jeweiligen Forderungen mit Zahlen untersetzen soll. Danach soll vereinbart werden, was geht und was nicht.
20. Februar
Die Fachausschüsse Schutzpolizei und Wasserschutzpolizei beraten gemeinsam mit dem Polizeipräsidenten Arne Feuring zur Fortführung des Flexiblen Arbeitszeitmodells. Einigkeit wurde in folgenden Punkten erzielt:
- die Rahmendienstvereinbarung zwischen MI und P-HPR behält weiterhin Gültigkeit,
 - die Mitarbeiter werden unter Beteiligung des Gesamtpersonalrates zum zukünftigen Arbeitszeitmodell befragt,
 - in den Direktionen können unterschiedliche Modelle zur Anwendung kommen (Einheitlichkeit auf Ebene der Inspektionen)
 - Abschluss von Dienstvereinbarungen auf Direktionsebene,
 - Entscheidungen für ein Modell sind nicht starr und können auch wieder geändert werden.
- Keine Einigung konnte zur Frage der Dienstgruppenmodelle erzielt werden. Dennoch fordert die GdP ein Dienstgruppenmodell mit unterschiedlicher Anzahl von Dienstgruppen.
24. Februar
Erneut beraten Vertreter der GdP mit dem Polizeipräsidenten, Herrn Feuring, zum Thema FAM. Im Ergebnis verständigten sich die Teilnehmer auf folgende Punkte:
- die Rahmendienstvereinbarung mit dem GPR wird angepasst,
 - im Rahmen der Mitarbeiterbefragung wird auch die Möglichkeit eines Modells mit 6 Dienstgruppen plus Führungskräftepool zugelassen,
 - die Autobahnpolizei wird in die Befragung einbezogen,
 - Dienststelle und GPR erarbeiten einen Katalog zur

- Mitarbeiterbefragung, die gleichzeitig im PP, den Inspektionen und der BAB erfolgt,
- der Abschluss entsprechender Dienstvereinbarungen in den Direktionen wird bis zum 1. Juli angestrebt,
 - in den Organisationseinheiten kann jährlich eine neue Befragung zum Arbeitszeitmodell durchgeführt werden.
27. Februar In einer gemeinsamen Beratung ziehen der GLBV, das GdP-Bildungswerk sowie Kolleginnen und Kollegen aus dem Personalentwicklungspool Bilanz. Seit über zwei Jahren läuft die Seminarreihe „Personalentwicklung in der GdP Brandenburg“. In zwei Seminaren mit 6 Modulen wurden bisher 20 „Nachwuchskader“ für die GdP-Arbeit fit gemacht.
29. Februar Die Veröffentlichung der polizeilichen Kriminalstatistik nimmt die GdP zum Anlass, auf die Probleme im Zusammenhang mit der Polizeireform hinzuweisen. Zwar ist die Gesamtzahl der Straftaten in Brandenburg um 4 % zurückgegangen, doch die Diebstahlskriminalität ist deutlich angestiegen, Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote mit 51 % so gering wie nie zuvor. Die GdP fordert die schonungslose Offenheit und kritische Analyse der Ursachen, sowie ein politisches Gegensteuern. Andreas Schuster: *„Die Kriminalistinnen und Kriminalisten erwarten zu Recht, dass sich die Rahmenbedingungen der veränderten Lage anpassen und nicht einem Haushaltsdiktat unterliegen. Die PKS 2011 ist mehr als ein Offenbarungseid:“*
8. März Frauentag einmal ganz anders. Anders als sonst üblich gibt es statt Kaffee und Kuchen einen Kurs in Selbstverteidigung in der „Sportschule Rahn“ in Berlin. Herr Preis zeigte den Teilnehmerinnen der Landesfrauengruppe nicht nur einige Griffe, sondern brachte alle an die Grenzen von Kraft und Ausdauer. Und ja – hinterher gab es dann doch noch was zum Essen.
10. März Mit der Aktion „Auch Mensch“ weisen Mitglieder unserer Jungen Gruppe in der Potsdamer Innenstadt auf die zunehmende Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten hin. Das ZDF ist vor Ort.
12. März Erneut tagt der Fachausschuss „Kriminalpolizei“ und setzt sich mit Fragen der Polizeireform auseinander. Im Mittelpunkt stehen der KDD/KT, die KKI und ZENTRAB.
14. / 15. März Mit dem Slogan „Mit Kompetenz gegen politische Unvernunft“ stellte sich die Gewerkschaft der Polizei zur Wahl der Personalräte in den vier Polizeidirektionen. Von den insgesamt 54 zu vergebenen Sitzen errang die GdP 39 bei einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 64 %. Im Einzelnen sieht das Ergebnis so aus:
- | | |
|---------|------------------|
| PD Ost: | 12 von 15 Sitzen |
| PD West | 8 von 13 Sitzen |
| PD Nord | 9 von 13 Sitzen |

PD Süd 10 von 13 Sitzen

19. März In Auswertung unserer Mitgliederbefragung sprechen sich über 1300 Kolleginnen und Kollegen für eine spürbare Verbesserung der Besoldung (Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes), gegen eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die Neuauflage von Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelungen aus. Darüber hinaus fordern unsere Mitglieder bessere Aufstiegsmöglichkeiten, die Einführung der 2-geteilten Laufbahn im Polizeivollzug sowie die Einstellung von Vollzugs- und Verwaltungspersonal. Aber auch bessere Möglichkeiten zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und – natürlich – um Leistungsanerkennung und mehr Beförderungen. Das wichtigste Ergebnis aber ist: 88 % unserer Mitglieder sind bereit, sich dafür auch persönlich in die Aktionen der GdP einzubringen.
22. März Obwohl nur mittelbar betroffen, beteiligen sich zahlreiche Kolleginnen und Kollegen in Potsdam an der Demonstration anlässlich der Tarifverhandlungen von Bund und Kommunen. Sie wissen, dass das Ergebnis richtungweisend für die Tarifverhandlungen im kommenden Jahr für die Länder sein wird.
31. März Die kostenfreie Nutzung des GdP-Phone-Netzes endet. Ziel dieses Angebotes war, die dienstlichen Kommunikationsdefizite bis zur Einführung des Digitalfunks zu kompensieren. Fast 5.500 Brandenburger GdP-Mitglieder hatten das Angebot des kostenlosen Telefonierens untereinander und in die Dienststellen wahrgenommen.
2. April Die Gewerkschaft der Polizei lädt im Zusammenhang mit der beabsichtigten Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu einer Fachtagung ein. Neben hochrangigen Vertretern aller Landtagsparteien, der Polizeiführung und des Innenministeriums konnten wir auch Herrn Prof. Dr. Rothe von der Uni Potsdam und Prof. Dr. Nachreiner von der Gesellschaft für Arbeits-, Wirtschafts- und Organisationspsychologische Forschung e.V. Oldenburg gewinnen. Im Ergebnis der Vorträge und zweier Podiumsdiskussionen werden die besonderen Belastungen des Polizeiberufes, die Auswirkungen einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf die Krankenstände sowie die Doppelbelastungen durch immer neue Reformen klar herausgestellt. Auch auf die mit der Lebensarbeitszeitverlängerung verbundenen Mehrkosten durch längere Gehaltszahlungen und steigende Pensionsansprüche wird hingewiesen.
Die GdP fordert eine Wiederholung des Screenings von 2009 unter den seit 2010 geänderten Rahmenbedingungen, das Festhalten an der besonderen Altersgrenze für Vollzugsbeamte sowie die Möglichkeit der freiwilligen Verlängerung bzw. der Möglichkeit des vorzeitigen Ausscheidens aus dem Berufsleben.

11. April Bei der Wahl der Jugend und Auszubildendenvertretung erringt die Gewerkschaft der Polizei alle zu vergebenen Plätze.
16. – 18. April Das Bildungswerk der GdP führt das Seminar „Konfliktbewältigung / Gesprächsführung“ durch. Viktoria und Dietmar vermitteln in gewohnt lockerer Atmosphäre Wissenswertes für die tägliche Arbeit.
2. Mai 17 neugierige Kolleginnen und Kollegen treffen sich beim Seminar „GdP erleben“ und erarbeiten in mehreren Arbeitsgruppen Ideen für eine noch bessere Gewerkschaftsarbeit.
7. Mai Der Vorstand der Jungen Gruppe stellt Innenminister Woidke die Aktion „Auch Mensch“ vor. Darüber hinaus geht es um das Spannungsfeld zwischen Verhinderungsblockaden bei genehmigten Demos und polizeilichem Einschreiten und um die Belastungssituation der Bereitschaftspolizei im Zusammenhang mit der Grenzkriminalität.
22. Mai Aus den Medien erfährt die Gewerkschaft der Polizei, dass Innenminister Woidke ein Eckpunktepapier zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Beamten ins Kabinett einbringen will. Inhalt:
- Pensionierungsalter 67 für alle Beamten,
- Verkürzungsmöglichkeit bei 20 Jahren Wechselschicht bzw. Arbeit im SEK, MEK oder Personenschutz,
- Umsetzung bis 2019.
Obwohl sich die Gewerkschaften des ÖD mit der Landesregierung in Verhandlungen zur Besoldung, Altersteilzeit, Vorruhestand **und** der Verlängerung der Lebensarbeitszeit befinden, schafft der Innenminister Tatsachen. Die mit Vertretern der Landesregierung vereinbarte Bildung einer 6-köpfigen Arbeitsgruppe, die erstmalig im Juni tagen soll, wird damit ad absurdum geführt.
Andreas Schuster: „Das ist eine schallende Ohrfeige für die ohnehin durch Stellenabbau und Polizeireform arg gebeutelte Brandenburger Polizei. Mit dieser Vorgehensweise zeigt Innenminister Woidke, dass die Rot-Rote Landesregierung nicht an einem konstruktiven Dialog mit den Gewerkschaften interessiert ist. Die im Koalitionsvertrag zugesicherte Abstimmung mit den Gewerkschaften findet nicht statt und die wissenschaftlich untersetzten Ergebnisse unserer Fachtagung werden ignoriert.“
29. Mai Brandenburgs Justizminister Schöneburg diskutiert mit den Mitgliedern des GLBV über den Erhalt der JVA Frankfurt Oder, das Resozialisierungsgesetz und die rechtliche Bewertung von Sitz- bzw. Verhinderungsblockaden. Wir machen auf die Folgen einer Schließung der JVA Frankfurt und den damit verbundenen erheblichen Personalaufwand durch Gefangenentransporte durch die Polizei aufmerksam. Auch zur Rechtswidrigkeit von Verhinderungsblockaden und zu den Folgen der beabsichtigten Verlänge-

zung der Lebensarbeitszeit waren sich GdP und Justizminister weitgehend einig.

Am selben Tag brüskiert Woidke als Gast im GLBV alle Polizistinnen und Polizisten. „*Wer nur am Schreibtisch sitzt, kann auch bis 67 arbeiten! Die Gewerkschaften können im Gesetzgebungsverfahren eine Stellungnahme abgeben; mehr nicht.*“
Wir nehmen die Kampfansage des Innenministers an.



(Plakat der AG Rot-Rot)

4. Juni
Erstmals werden wir nicht zum Arbeitnehmerempfang der SPD eingeladen. Wir gehen trotzdem hin. Sozialminister Baaske und Fraktionsvorsitzender Holzschuher versuchen, uns die geplante Verlängerung der Lebensarbeitszeit bei den Beamten an Hand der Demografischen Entwicklung zu erklären. Auf unsere Argumente entgegnet Holzschuher: „*So habe ich das Ganze bisher gar nicht gesehen.*“
8. Juni
Endlich findet das so genannte 3/3 Gespräch zwischen Gewerkschaften und Landesregierung in der Staatskanzlei statt. Vor den Fenstern des Verhandlungsraumes demonstrieren unsere Mitglieder mit Flyern gegen die beabsichtigte Verlängerung der Lebensarbeitszeit und für die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes.
Die Vertreter der Landesregierung bieten uns 17 € (brutto) als Weihnachtsgeld an. Das sei nach der 1:1 Übernahme des letzten Tarifergebnisses von 2011 angemessen.
Dieses „Angebot“ hat weder etwas mit Anerkennung des Polizeiberufes noch mit dem Versprechen des Ministerpräsidenten Platzeck zu tun, bei der Besoldung auf einen einstelligen Platz im Bundesrang zu kommen.
Die Gewerkschaft der Polizei erklärt die Verhandlungen mit der Landesregierung für gescheitert.
15. Juni
In einer Pressekonferenz erklären der Fraktionsvorsitzende Holzschuher und die innenpolitische Sprecherin Stark, dass der Verfolgungsdruck zur Bekämpfung der Grenzkriminalität erhöht werden wird. Wir fragen Innenminister Woidke, wie das mit einer Polizei machen will, in der jede 4. Stelle gestrichen wird, die den höchste Krankenstand bundesweit aufweist, deren Motivation am

Boden liegt und der er, als zuständiger Minister, durch seine Lebensarbeitszeitverlängerung und Weihnachtsgeldstreichung noch zusätzlich vor den Kopf stößt.

22. Juni Die Gewerkschaft der Polizei ruft alle Personalräte auf, kurzfristig Personalversammlungen einzuberufen. Es geht hauptsächlich um Informationen zum aktuellen Stand zu den Themen:
- Verlängerung der Lebensarbeitszeit,
 - Altersteilzeit und Vorruhestand sowie
 - Sonderzuwendungen (Weihnachtsgeld)
6. Juli Im Bereich des Polizeipräsidiums werden auffällig viele Kolleginnen und Kollegen zur Begutachtung der Polizeidienstfähigkeit zum PÄD geschickt. Offensichtlich will man durch Frühpensionierungen die katastrophale Krankenstatistik in der Polizei verbessern. Die Gewerkschaft der Polizei kritisiert die undifferenzierte und unsoziale Vorgehensweise und macht in diesem Zusammenhang deutlich, dass durch die beabsichtigte Verlängerung der Lebensarbeitszeit und das ohnehin schon hohe Durchschnittsalter in der Brandenburger Polizei die Krankenstände weiter steigen werden.
- 10 Juli In der Geschäftsstelle beraten Vertreter der GdP, des BDK und der DPolG gemeinsam und beschließen, ihre Kampfmaßnahmen zur Verhinderung der Verlängerung der Lebensarbeitszeit und zur Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes untereinander abzustimmen.
11. Juli In einem Aufruf fordert die Gewerkschaft der Polizei alle Mitglieder von Verdi, GEW, BDK, DPolG und den anderen Gewerkschaften auf, sich an einer Großdemonstration zu beteiligen. Es geht darum die Landesregierung in ihrem Vorhaben, die bundesweit schlechteste Regelung zur Lebensarbeitszeit einzuführen, zu stoppen.
11. Juli Die Gewerkschaft der Polizei lehnt die Einführung von „Beförderungsbewerbungen“ ab.
Zukünftig sollen Beförderungen in Intranet ausgeschrieben werden, auf die sich dann jeder beförderungsfähige Beamte bewerben kann.
Andreas Schuster: „Und wie wird sichergestellt, dass auch Kolleginnen im Urlaub, in der Krankheit, im Auslandseinsatz oder während der Erziehungszeiten davon erfahren? Es ist ein Unding und gehört in die Mottenkiste der Geschichte, dass immer noch Kolleginnen und Kollegen im Eingangsamt pensioniert werden. So schlecht kann keiner sein. Polizei ist ein Beförderungsberuf, der in vielen Bundesländern längst im gehobenen Dienst beginnt. Wir fordern einen Wechsel von Haushaltsbeförderungen hin zu Regelbeförderungen.“

12. Juli Es grenzt schon an einen Schildbürgerstreich, dass die Erfassung der täglichen Arbeitszeit wieder auf Handzetteln erfolgen muss. Die derzeitige Software der Fa. P & I lässt die exakte Erfassung nicht zu. Die Gewerkschaft der Polizei fordert die sofortige Anpassung der Zeiterfassungssoftware.
18. Juli Das Bundesarbeitsgericht erklärte in seinem Urteil vom 20. März die altersabhängige Urlaubstaffelung der geltenden Tarifverträge als einen Verstoß gegen diskriminierungsfreie Regelungen. Die Mitgliederversammlung der Tarifgemeinschaft der Länder beschließt, dass bei Vorliegen der Voraussetzungen **übertariflich** rückwirkend für 2011 und 2012 ein altersunabhängiger Urlaub von jeweils 30 Tagen gewährt wird. Die Gewerkschaft der Polizei fordert den Innenminister auf, diese Regelung 1:1 für die Beamten in Brandenburg zu übernehmen.
8. August Innenminister Woidke wirft der GdP vor, ein Zerrbild zur Beförderungssituation in der Brandenburger Polizei zu entwerfen. Schließlich seien nach 10 Jahren 2/3 aller Polizisten befördert worden und die Zahl der noch länger nicht Beförderten Beamten sei verschwindend gering. Wir fordern den Innenminister auf, ausreichend finanzielle Mittel für Beförderungen zur Verfügung zu stellen. Die Differenz zwischen statusrechtlichem und funktionalem Amt klafft noch immer bei tausenden Kolleginnen und Kollegen zum Teil weit auseinander. Dies würde auch dazu beitragen, die vom Ministerpräsidenten Platzeck beschworene Attraktivität des Öffentlichen Dienstes zu erhöhen.
8. August Ein ganz besonderer Empfang erwartet die Gäste des diesjährigen Sommerfestes der Märkischen Allgemeinen Zeitung im Schloss Lindstedt. „Willkommen im Land der Wortbrüchigen“ 300 Kolleginnen und Kollegen bringen in deutlicher Form und mit Nachdruck ihren Protest gegen die Pläne der Landesregierung zur beabsichtigten Verlängerung der Lebensarbeitszeit zum Ausdruck. Mit Ausnahme von Vertretern der SPD und DIE LINKE ernten wir Sympathie bei vielen Gästen aus Wirtschaft und Kultur.
Innenminister Woidke und Finanzminister Markov versprechen uns auch für die nächste Tarifrunde eine 1:1 Übernahme für die Beamten!
10. August Der Chef der Staatskanzlei teilt dem DGB mit, dass die Aussage des Ministerpräsidenten Platzeck, einen einstelligen Platz im Besoldungsranking der Länder zu erreichen, lediglich ein Wunsch, jedoch nicht sein Ziel gewesen sei – auch längerfristig nicht!
Die Liste der Schädigkeiten reißt nicht ab. Was ist das Wort eines Ministerpräsidenten in Brandenburg eigentlich noch wert?

15. August

Den Antrag eines Kollegen zur Verlängerung seiner Lebensarbeitszeit lehnt Innenminister Woidke ab. Begründung: „*Unter Berücksichtigung der Einsparverpflichtungen entsprechend der beschlossenen Personalbedarfplanung ist es mir jedoch nur eingeschränkt und in ganz besonderen speziellen Einzelfällen möglich, einer Verlängerung der Dienstzeit zuzustimmen.*“

Nur – die Einsparverpflichtungen laufen lt. Beschluss der Landesregierung bis 2023. Also kann bis 2023 nur eingeschränkt und ganz besonderen speziellen Einzelfällen die Lebensarbeitszeit verlängert werden.

Vor diesem Hintergrund fordern wir den Innenminister auf, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit sofort zurück zu nehmen.

21. August

Unsere vielen Aktionen tragen offensichtlich Früchte. Wie einer Presseinformation der PNN zu entnehmen ist, forciert die Linksfraktion im Landtag den Widerstand gegen die Pläne des Innenministers zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Und auch in der SPD selbst wird vor einem Bruch mit den Gewerkschaften gewarnt.

Die Gewerkschaft der Polizei fordert Innenminister Woidke erneut auf, seine BASTA-POLITIK zu beenden und an den Verhandlungstisch zurück zu kehren.

23. August

Die Gewerkschaft der Polizei startet landesweit eine Petition gegen die Rente / Pension mit 67. Darüber hinaus fordert sie die Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative gegen die Rente mit 67 einzubringen.

Andreas Schuster: „*Wenn DIE LINKE eine Rente mit 67 kategorisch ablehnt und die SPD (Bund) dies unter den Vorbehalt stellt, dass erst 50 % der Arbeitnehmer zwischen 60 und 65 in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen beschäftigt sein sollen, wovon die Bundesrepublik meilenweit entfernt ist, sollte dies doch ganz einfach sein!*“



Unsere Petition startet anlässlich des Tages der offenen Tür des Polizeipräsidiums. Darüber nutzen wir diesen Tag, um auf die teils katastrophalen baulichen Missstände und Arbeitsbedingungen hinzuweisen.

27. August

Innenminister Woidke antwortet auf unser Schreiben zur altersdiskriminierungsfreien Gewährung von 30 Tagen Erholungs-

laub rückwirkend für 2011 und lässt uns wissen, dass er keine Eilbedürftigkeit sehe, da nicht genommener Urlaub angespart werden könne. Eine Entscheidung dazu wolle er erst nach den Tarifverhandlungen 2013 treffen.

1. / 2. September Strahlender Sonnenschein in Lübbenau. 30 Kolleginnen und Kollegen nutzen den Brandenburger Tag, das Fest der Landesregierung, um für unsere Petition gegen die Rente/Pensionierung mit 67 zu werben, allein an diesem Wochenende kommen 3000 zusammen. Auch unser Sozial- und Arbeitsminister lässt sich am Stand sehen – und haut uns fast vom Hocker. Zitat: „*Euch geht es zu gut. Ihr müsstet bis 70 arbeiten!*“ Auch die umstehenden Bürgerinnen und Bürger sind entsetzt, als sie auf Nachfrage erfahren, wer das gerade war. Trotz Vereinbarung waren BDK und DPoIG leider nicht vor Ort.



10. – 12. Sept. Beim Rhetorikseminar in Prieros. Eingerahmt von Entspannungsübungen wurde schnell klar, wie wichtig Fertigkeiten und Fähigkeiten des freien Sprechens sowohl im Umgang mit anderen, aber auch für die eigene Karriere ist.
13. September Auf unseren Druck findet ein Gespräch zwischen Innenminister Woidke, Staatssekretär Zeeb und Vertretern von GdP, BDK und DPoIG statt. Wieder geht es um die beabsichtigte Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Und wieder spult Zeeb die bekannten Argumente (knappe Kassen, Krankenschwester, Stahlarbeiter Dachdecker) herunter. Nachdem wir noch einmal unseren Standpunkt erläutert haben, signalisiert Innenminister Woidke, dass es Veränderungsmöglichkeiten gibt.
15. September Der wohl größte Polizeieinsatz in diesem Jahr in Potsdam. Anlässlich eines NPD-Aufmarsches sind über 2000 Polizisten im

Einsatz. Unsere Gummibärchenbande ist mit drei Betreuungsteams vor Ort.

Viele unserer vor allem jüngeren Kolleginnen und Kollegen verstehen die Welt jedoch nicht mehr. Nach Aufforderung der Polizei, eine Sitzblockade durch Verlassen zu beenden, fordert der Oberbürgermeister von Potsdam Jann Jakobs die Teilnehmer auf, die Blockade fortzusetzen.

Wir fordern den Innenminister zu einer klaren, rechtskonformen Positionierung auf.

18. September Auf Einladung des AK Innen der Fraktion DIE LINKE macht die GdP nochmals auf die aktuellen Probleme in der Brandenburger Polizei aufmerksam.
- Pensionsaltersgrenze mit 67 im Vollzug,
 - Petition gegen Rente/Pension mit 67,
 - flexible Gestaltung der Lebensarbeitszeit,
 - Besoldung (Weihnachtsgeld, Familienzuschlag, Regelbeförderungen)
 - Polizeireform, Stellenabbau, Einstellungskorridor,
 - Kennzeichnungspflicht,
 - Versammlungsrecht
- Positiv ist zu vermerken, dass DIE LINKE ihren Antrag zur Einrichtung eines Polizeibeauftragten nicht weiter verfolgen will. Zur Frage der Lebensarbeitszeit sagte man uns zu, eine den Kolleginnen und Kollegen entgegen kommende Regelung zu unterstützen.
19. September In einem offenen Brief äußert sich die Gewerkschaft der Polizei noch einmal kritisch zu den Vorfällen im Zusammenhang mit der NPD-Demo am 15. September und fordert die Politik auf, politische Versäumnisse nicht auf dem Rücken der Polizistinnen und Polizisten auszutragen.
22. September Zum SPD-Landesparteitag in Luckenwalde demonstrieren 200 Kolleginnen und Kollegen vor der Fläminghalle. Wieder geht es um die Lebensarbeitszeit, die Streichung des Weihnachtsgeldes, Besoldungsverbesserungen und unsere Aufforderung zu einer Bundesratsinitiative zum Stopp der Rente / Pension mit 67. Unter dem Motto: „*Juckt mich eigentlich noch was?*“ erhalten die Delegierten einen Selbsttest mit zwei Hagebutten und einer Gebrauchsanweisung.
24. – 26. Sept. Vertrauensleuteseminar in Prieros. Die Teilnehmer beraten darüber, wie die Gewerkschaftsarbeit weiter verbessert werden und vor allen unsere Mitglieder gehalten werden können.
27. September Innenminister Woidke unterbreitet einen neuen Vorschlag zur Pensionsaltersgrenze. Und wieder erfahren wir aus der Presse davon. Die Gewerkschaft der Polizei fordert den Innenminister auf, den neuen Vorschlag auf den Tisch zu legen und mit uns in entsprechende Verhandlungen einzutreten.

2. Oktober Mit einem Vorsorge-Check-Up können unsere Mitglieder ein weiteres zusätzliches Leistungsangebot nutzen.
5. Oktober Mit einem kritischen Schreiben wendet sich die Gewerkschaft der Polizei an den Innenminister. 10 Tage nach seiner Ankündigung in der Presse liegt der GdP noch immer kein offizielles Schreiben zur Neuregelung der Pensionsaltergrenze vor. Vertrauensvolle Zusammenarbeit sieht anders aus.
Ersten Informationen zur Folge will der Innenminister nun nicht nur zwischen den Beschäftigungsgruppen, sondern auch noch nach Laufbahnen differenzieren.
Wir fordern den Innenminister auf, uns den neuen Vorschlag schnellstmöglich zuzusenden und in Verhandlungen mit uns einzutreten.
19. Oktober Wieder Spitzengespräch nach § 130 LBG. Was für zwei Stunden geplant war, endete nach 35 Minuten.
Stichwort Lebensarbeitszeit: Der Koalitionsausschuss hat einen neuen Vorschlag erarbeitet und wird ihn den Gewerkschaften im Rahmen des Beteiligungsverfahrens in den nächsten 14 Tagen! zuleiten.
Stichwort Weihnachtsgeld: Finanzminister Markov informierte, dass über Weihnachtsgeld (17 €) verhandelt wurde, aber die Gewerkschaften abgelehnt hatten.
Stichwort Altersteilzeit/Vorruhestand: Innenminister Woidke betonte, dass die Vorschläge der Landesregierung von GEW und Verdi positiv aufgenommen wurden. Kein Wort von ihm, dass die Vorschläge dazu von der GdP kamen.
22. – 24. Oktober Zum Seminar „Vertrauensleute II“ diskutieren die Teilnehmer zur aktuellen Gewerkschaftspolitik, der Neustrukturierung der Kreisgruppen und zur Verbesserung der GdP-Arbeit vor Ort.
12. November Letzte Vorbereitungen zu unserer Großdemo am 14. November. Unsere AG Rot-Rot berät gemeinsam mit Vertretern von BDK und DPolG. Es geht auch um die Aufteilung der Kosten an Hand der jeweiligen Teilnehmerzahlen (70 % GdP, jeweils 15 % BDK und DPolG). Sowohl BDK und auch DPolG sind erstaunt darüber, wie viel so eine Demo kostet und erklären, diese Anteile nicht aufbringen zu können. Der BDK überweist immerhin 3500 €, die DPolG kann nicht mehr als 500 € aufbringen.
14. November „Das Maß ist voll! Die Liste der Schlechtigkeiten nimmt kein Ende!“ Unter diesem Motto veranstaltet die Gewerkschaft der Polizei eine Großdemo in Potsdam. Mit einem Sternmarsch von 4 Demonstrationssäulen (vom Luisenplatz, dem Bassinplatz, dem Horstweg und vom Neuendorfer Anger) legen wir Potsdam für Stunden lahm. Trotz der erheblichen Verkehrseinschränkungen bekommen wir aber auch viel Zuspruch aus der Bevölkerung. Auf dem Brauhausberg angekommen, machen ca. 3500 Kolle-

ginnen und Kollegen ihrem Frust über die Schabigkeiten der Rot-Roten Landesregierung Luft. Innenminister Woidke versuchte erst gar nicht auf die von uns seit Monaten immer wieder angesprochenen Probleme und Forderungen einzugehen. Anscheinend über den Dingen stehend verwies er auf die Haushaltslage und darauf, dass es auch noch andere Beschäftigungsgruppen gibt.

Andreas Schuster: „In der letzten Tarifrunde haben verbeamtete Lehrer in Niedersachsen gestreikt. Ich bin gespannt ob die daraufhin eingeleiteten Disziplinarverfahren auch vor EU-Recht Bestand haben werden. Vielleicht werden in Zukunft auch in Brandenburg Lehrer, Polizisten, Feuerwehrlaute und Justizbeamten die Arbeit niederlegen.“



19. November Unter Bezugnahme auf unsere Demo schreiben wir den Ministerpräsidenten, den Innen- und den Finanzminister an, und fordern die sofortige Aufnahme von Verhandlungen zu unseren Forderungen.
2. Dezember Landesparteitag von DIE LINKE in Frankfurt Oder. Die Delegierten müssen unseren Kolleginnen und Kollegen zu Fragen der Lebensarbeitszeit, Weihnachtsgeld und schlechter Besoldung Rede und Antwort stehen. Einzig Finanzminister Markov verteidigte die Pläne der Landesregierung. Einige unserer Kollegen hatten ihre Kinder mitgebracht, die sich lautstark auf ihre Weise für ein vernünftiges Weihnachtsgeld ihrer Eltern einsetzten.
3. Dezember Entsprechend der Entscheidung des europäischen Gerichtshofes zur Altersdiskriminierung durch Lebensaltersstufen fordert die Gewerkschaft der Polizei insbesondere ihre jüngeren Mitglieder auf, bis zum 31.12. entsprechende Ansprüche geltend zu machen.
3. Dezember Nachdem uns Kolleginnen und Kollegen des Landesbezirks Sachsen bei unserer Demo am 14. November in Potsdam unterstützt hatten, schicken wir auch eine 40köpfige Delegation nach

Dresden. Unter dem Motto: „Advent, Advent, der Haushalt brennt“ plagen unsere sächsischen Kollegen durchaus ähnliche Probleme wie die Beschäftigten hierzulande.

7. Dezember Das Innenministerium lehnt weiterhin Anträge zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit ab.
„Herr Woidke, was haben wir Ihnen nur getan? Sie verschärfen den Frust bei denen, die nicht länger arbeiten können oder wollen. Und Sie schaffen Frust bei allen, die freiwillig länger arbeiten wollen.“
 Wieder fordern wir den Innenminister auf, unsere Vorschläge zur Regelung der Lebensarbeitszeit der Beamten aufzugreifen. Das spart Geld und steigert die Motivation.
17. Dezember Die Gewerkschaft der Polizei übersendet allen Landtagsabgeordneten kurz vor Weihnachten ein kleines Präsent. Ein eigenes Namensschild. In gut zwei Wochen tritt in Brandenburg, als einzigem Bundesland, die per Gesetz verordnete Pflicht zum Tragen von Namensschildern in Kraft. Mit unserem Präsent wünschen wir unseren Abgeordneten, dass sie:
 - nicht im Dienst angespuckt werden,
 - nicht angepöbelt werden,
 - und ihre Familien nicht bedroht werden,
 - nicht im Dienst verletzt werden,
 Und wir wünschen unseren Politikern, dass sie unsere Kolleginnen und Kollegen nicht vergessen, die in diesen Stunden dafür sorgen, dass sie ein besinnliches Fest feiern können.
17. Dezember Die Fraktion von DIE LINKE lädt zu einem Gespräch mit den Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes ein. Zum Dauerthema Lebensarbeitszeit der Beamten räumt DIE LINKE ein, dass die nunmehr vorliegende Staffelung (62, 64, 65) auch nicht das ist, was sie erreichen wollten. Mehr sei aber für sie als Koalitionspartner gegenüber der SPD nicht zu machen gewesen. Aber vielleicht können ja die Gewerkschaften gegenüber der SPD noch etwas erreichen. DIE LINKE sagte jedoch zu, dass sie in der parlamentarischen Befassung für Korrekturen eintreten werden.
 Zur Frage des Familienzuschlages gaben Vertreter von DIE LINKE an, dass sie ja eine Besitzstandswahrung erreicht hätten.
- Am selben Tag gibt die Gewerkschaft der Polizei ihre Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Lebensarbeitszeit der Beamten beim DGB ab, der unsere Ausführungen vollständig in seiner Stellungnahme übernimmt.

Das Jahr 2013

3. Januar Die Gewerkschaft der Polizei fordert die Aussetzung der Tragepflicht von Namensschildern. Neben der von der GdP immer

wieder angesprochenen Verletzung der Privatsphäre kommen nun weitere Bedenken dazu. Die Schilder verfügen zum Teil über scharfe Kanten, die zu Verletzungen führen können und können darüber hinaus durch die Beschaffenheit der Befestigung leicht verloren gehen.

15. Januar In der 2. Stufe der Beteiligung gibt die Gewerkschaft der Polizei ihre Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit ab, die der DGB vollumfänglich in seine Stellungnahme übernimmt. Darin machen wir nochmals auf unsere Argumente, insbesondere im Bezug auf den ohnehin schon extrem hohen Krankenstand in der Polizei und die erheblichen Kosten für das Land Brandenburg aufmerksam.
- 25 Januar Die Gewerkschaft der Polizei hatte bereits 2008 und 2001 den Innenminister aufgefordert, die Erschwerniszulagenverordnung für Polizeivollzugsbeamte zu überarbeiten und der Regelung des Bundes anzupassen. Nun fordern auch DIE LINKE und die FDP medienwirksam die Zulagenerhöhung für das SEK. Wir fordern den Finanzminister auf, die Zulagen mit der Novellierung des Brandenburgischen Besoldungs- und Versorgungsgesetzes neu zu regeln.
- Januar Der Arbeitskreis Sozialdemokraten in der Polizei (SIP) fordert die Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel zu starten, die Besoldung der Polizisten wieder zu vereinheitlichen. Doch unsere Forderungen gehen schon seit Jahren viel weiter. Mit der Förderalismusreform ist Brandenburg das Schlusslicht, nicht nur bei der Besoldung, geworden. Um die (negative) Konkurrenzsituation zu beseitigen, müssen auch das Versorgungs-, Laufbahn-, Beamten- und Zulagenrecht wieder bundesweit vereinheitlicht werden.
15. Januar Schon wieder beginnt die Diskussion über die Veröffentlichung der Fotos von Revierpolizisten. Die Datenschutzbeauftragte bestätigt in ihrem aktuellen Schreiben die Rechtsauffassung der GdP. **Ergebnis:** Zulässig ist eine Veröffentlichung nur mit ausdrücklicher Einwilligung des Betroffenen! Die Einwilligungserklärung ist schriftlich zu erteilen und kann zu jeder Zeit widerrufen werden. Der GdP und die Datenschutzbeauftragte machen darüber hinaus klar, dass Polizisten keinerlei Nachteile bei einer Verweigerung der Zustimmung entstehen dürfen.
31. Januar Beginn der Tarifverhandlungen für die Länder. Die bei der Einkommensentwicklung in der privaten Wirtschaft gegenüber dem Öffentlichen Dienst entstandene Kluft wird immer größer. Die Inflationsrate zehrt die Tarifabschlüsse der letzten Jahre auf. Wir fordern 6,5 % mit einer sozialen Komponente.

14. Februar

Warnstreiks und eine Aktion vor dem Kongresshotel in Potsdam begleiten die 2. Verhandlungsrunde der laufenden Tarifverhandlungen. Eine Abordnung der GdP Brandenburg ist natürlich vor Ort. Doch die Arbeitgeber legen kein Angebot vor. Der Bundesvorsitzende Bernhard Wirthaut ruft unsere Arbeitnehmer zu weiteren Warnstreiks auf.



15. Februar

Innenminister Woidke bestätigt in seiner Antwort auf eine große Anfrage, dass die Anzahl rechtsextrem motivierter Straftaten weiter ansteigt. Für die Gewerkschaft der Polizei Grund genug, um wieder auf die Folgen des Personalabbaus und ständiger Strukturveränderungen hinzuweisen.

19. Februar

Mit Nachdruck fordert die Gewerkschaft der Polizei und insbesondere die Seniorengruppe sowohl Innenminister Woidke als auch Finanzminister Markov auf, umgehend Regelungen zur Schließung der Versorgungslücke zu treffen. Durch die Verzögerungen im Gesetzgebungsverfahren zum Besoldungs- und Versorgungsrecht klafft in den Geldbörsen unserer Pensionäre ein Loch von bis zu 900 € pro Monat.

Das MdF antwortet, dass es keine Möglichkeit einer vorgezogenen Regelung sieht und im Übrigen erhalten ja alle Pensionäre eine Mindestversorgung von 1400 €.

22. Februar

Mit einem Event in der Burg Ziesar bedankt sich die Gewerkschaft der Polizei bei einigen, von den Kreisgruppen entsandten, aktiven Mitgliedern unserer Gewerkschaft.

27. Februar

Auf Anregung der Gewerkschaft der Polizei findet eine Erörterung zur beabsichtigten Lebensarbeitszeitverlängerung zwischen Vertretern des Innenministeriums und uns statt.

Wir machen noch einmal unsere Position deutlich:

- die Verlängerung um 2, 4 und 5 Jahre bedeutet eine Schlechterstellung der Beamten gegenüber unseren Arbeitnehmern, die „nur“ 2 Jahre länger arbeiten müssen,
- das Vorhaben der Landesregierung steht im Widerspruch zu den Aussagen Rot/Roter Politik auf Bundesebene,
- die Umsetzung dieser Pläne bedeuten eine finanzielle Mehrbelastung von 26 Mio € jährlich,

- die Differenzierung zwischen den Laufbahnen ist für keinen Polizisten nachvollziehbar.

Doch Fehlanzeige. Innenminister Woidke ist nicht bereit, unseren Argumenten zu folgen und Herr Zeeb setzt noch eins drauf: „Die Einsparungen ergeben sich aus den dann zu erwartenden Frühpensionierungen!“

1. März

Unsere Auszubildenden und Studenten erfahren erst unmittelbar zuvor, wo sie ihr Praktikum in der Polizei absolvieren sollen. Zudem gibt es kaum Auswahlmöglichkeiten.

Die Gewerkschaft der Polizei fordert das Innenministerium auf, die Verteilung und Betreuung der Praktika per Erlass und unter folgenden Aspekten zu regeln:

- Bekanntgabe der Praktikumsdienststellen mindestens 3 Monate vor deren Beginn,
- Verteilung der Plätze auf alle Polizeiinspektionen mit einer 20%igen Reserve,
- Entgegenkommen nach Prüfung von sozialen Härtefällen,
- Benennung von Ansprechpartnern in den Polizeiinspektionen zur Unterstützung der Praktika und bei der Unterkunftssuche,
- Rechtzeitige Aushändigung von begleitenden Unterlagen (Anträge auf Trennungsgeld etc.)

6. März

Großdemonstration zur Tarifrunde in Potsdam. Da noch immer kein Angebot der Arbeitgeber auf dem Tisch liegt, rufen Verdi, GdP, GEW, DBB zu dieser Aktion auf. Und Verdi hat von uns gelernt. Mit einem Sternmarsch zum Luisenplatz wird wiederum die halbe Innenstadt von Potsdam lahm gelegt. 12.000 Beschäftigte



des Öffentlichen Dienstes fordern 6,5 % mehr Lohn, die Übernahme der Auszubildenden, bessere Urlaubsregelungen und bessere Arbeitsbedingungen.

Am 9. März dann der Durchbruch. 2,65 % mehr ab 1. Januar 2013 und noch einmal 2,95 % ab dem 1. Januar 2014. Darüber

hinaus Einkommenserhöhungen und Regelungen zur befristeten Übernahme für Auszubildende sowie 30 (!) Tage Urlaub. Die Gewerkschaft der Polizei fordert anschließend die Landesregierung auf, dass Tarifergebnis 1:1 für die Beamten zu übernehmen.

15. März Die Gewerkschaft der Polizei bewertet die aktuelle polizeiliche Kriminalstatistik kritisch. Dem Rückgang im Bereich der Überwachungs- und Kontrolldelikte steht ein erheblicher Anstieg der Straftaten im Bereich der Tageswohnungseinbrüche gegenüber. Die Aufklärungsquote ist in den letzten Jahren gesunken. Andreas Schuster: *„Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erwarten zu Recht, dass ihr Eigentum geschützt wird. Dazu benötigen wir jedoch eine starke, kompetente und gut motivierte Polizei. Wir fordern ein Ende der ständigen Umstrukturierungen, Personaleinsparungen und sozialen Verschlechterungen.*
25. März Spitzengespräch zur Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamten. Die Gewerkschaft der Polizei fordert die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses, die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes (und Einrechnung in das Grundgehalt) sowie Regelungen zur Altersteilzeit und Vorruhestand. Nun sollen Sondierungsgespräche bis zum Beginn der Sommerpause stattfinden und danach Spitzengespräche auf Ministerebene. Die Gewerkschaft der Polizei drängt auf Ergebnisse noch vor der Sommerpause.
- März Die Gewerkschaft der Polizei fordert den Finanzminister auf, die Bearbeitungszeiten in der Beihilfestelle zu reduzieren. In einem Antwortschreiben verweist Minister Markov auf einen Anstieg der Anträge um 20 % gegenüber dem Vorjahr. Zur beschleunigten Bearbeitung der Anträge soll kurzfristig mehr Personal in der Beihilfestelle eingesetzt werden.
2. April Das Rechtsmedizinische Gutachten zum Namensschild liegt vor. Wieder ein Schlag ins Gesicht unserer Polizisten. Die Aussagen und Erfahrungen unserer Kolleginnen und Kollegen werden als unzutreffend und als Lügen hingestellt. Die Meinung der Dienststelle war vorher bekannt. Und wer ein Gutachten in Auftrag gibt, bestimmt auch das Ergebnis. Aber es brauchte auch Zeit, bis die Gefährlichkeit von Asbest, des Rauchens oder einiger Medikamente erkannt wurde.
4. April Die Gewerkschaft der Polizei fordert den Polizei-Hauptpersonalrat auf, sich gegenüber dem Innenministerium dafür einzusetzen, dass Vorsorgekuren nicht nur für Heilfürsorgeberechtigte, sondern auch für alle Beihilfeberechtigte Polizisten eingeführt werden.

9. April Die Gewerkschaft der Polizei fordert den Gesamtpersonalrat auf, sich gegenüber dem Polizeipräsidenten dafür einzusetzen, dass entgegen der jetzigen Regelung die Verkehrsdienste bei Notwendigkeit im Schichtdienst arbeiten können. In der aktuellen Fassung der Dienstvereinbarung findet diese Formulierung Eingang.
24. April Wahl der Jugend- und Auszubildendenstufenvertretung in der Polizei. Insgesamt stellen sich ein Auszubildender des ZDPol und 21 Anwärterinnen und Anwärter zur Wahl. Die Wahlbeteiligung liegt bei beachtlichen 72,5 %. Alle 9 zu vergebenen Plätze gehen an Kandidaten der Gewerkschaft der Polizei.
26. April Beginn der Sondierungsgespräche zur Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamten. Die Gespräche sollen auf Forderung der GdP am 14. Juni, also noch vor der Sommerpause zum Abschluss gebracht werden. Für die GdP stehen die 1:1 Übernahme des Tarifergebnisses, die Wiedereinführung eines Weihnachtsgeldes (mit Einrechnung ins Grundgehalt) sowie Regelungen zum Vorruhestand und zur Altersteilzeit im Mittelpunkt. Zunächst sollen in einer Arbeitsgruppe Modelle zum flexiblen Ausstieg aus dem Berufsleben sowie, der Personalentwicklung und zum Nachersatz ausscheidender Mitarbeiter entwickelt werden. In einer weiteren Runde sollen die Ergebnisse dann finanziell untersetzt werden.
27. April Zum Polizeifest der Kreisgruppen TF, ZDPol und LDS werden auch die Gewinner unserer, durch den Grünen Stern veranstalteten Tombola gezogen. Etwa 6000 € kommen zusammen und können zukünftig zur Hilfe in Not geratener Kolleginnen und Kollegen ausgegeben werden.



(Die Gewinnerin des Hauptpreises)

29. April Die Gewerkschaft der Polizei fordert den Polizei-Hauptpersonalrat auf, gegenüber dem Innenministerium tätig zu werden. Hintergrund sind mehrere gerichtliche Entscheidungen zur Topfwirtschaft bzw. der unzulässigen Bündelung von Dienstposten. Die GdP hat daraufhin Thesen zur Änderung des Besoldungsrechts entwickelt.

21. Mai Die Verabschiedung des neuen Besoldungs- und Versorgungsgesetzes verschiebt sich erneut. Damit bleibt auch die Versorgungslücke unserer Pensionäre weiter offen. Die Erhöhung des Kinderzuschlages und die hälftige Einrechnung des Verheiratenzuschlages ins Grundgehalt für alle Beamtinnen und Beamte verschiebt sich somit noch weiter nach hinten. Und auch die Überarbeitung der Erschwerniszulagenverordnung verzögert sich weiter.
Der Brandbrief der Gewerkschaft der Polizei an den Ministerpräsidenten bleibt unbeantwortet.
22. - 24. Mai 18 Kolleginnen und Kollegen treffen sich zum Seminar „GdP erleben“ in Prieros.
27. Mai Der Polizeipräsident reagiert auf den Initiativantrag der GdP zur Einführung des Schichtdienstes bei der Verkehrspolizei. Doch statt unserer Forderung nach einer „Kann-Regelung“ **müssen** nun die Verkehrsüberwachungstrupps (einschließlich die der FD Besondere Dienste) im Schichtdienst arbeiten.
28. Mai Der Vorstand von DIE LINKE hat erneut die Gewerkschaften zu einem Gespräch eingeladen. Die GdP thematisiert die laufenden Verhandlungen zur Übernahme des Tarifergebnisses und den Gesetzentwurf zur beabsichtigten Verlängerung der Lebensarbeitszeit für die Beamten.
29. Mai Im Ergebnis der vielen Gespräche zur Übernahme des Tarifergebnisses, zur Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes und zu Regelungen zum alternsgerechten Arbeiten findet nun das Gespräch auf Ebene der Staatssekretäre statt.
5. Juni Das Innenministerium antwortet auf den Initiativantrag des Polizei-Hauptpersonalrates. Es teilt mit, dass unserem Antrag, den Beihilfeberechtigten Kolleginnen und Kollegen ebenfalls die Möglichkeit von Vorsorgekuren einzuräumen, aus rechtlichen Gründen nicht entsprochen werden kann. Auch eine Erweiterung der Zugangsmöglichkeiten für weitere Gruppen der Heilfürsorgeberechtigten schließt das Innenministerium derzeit aus.
10. Juni Klausurtagung der GdP in Michendorf. Schwerpunkte der Beratung sind die laufenden Paketverhandlungen, die Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamten und die Vorbereitung der Personalratswahlen 2014.
11. Juni Die Arbeitskreise Innenpolitik der SPD und von DIE LINKE laden erstmalig die Gewerkschaft der Polizei zu einer gemeinsamen Beratung in die Staatskanzlei ein. Obwohl ebenfalls eingeladen, erschienen die Minister Woidke und Markov nicht.
Wieder ging es um die Schwerpunktthemen:
- 1:1 Übernahme des Tarifergebnisses,
- Zahlung eines angemessenen Weihnachtsgeldes und dessen

- Einrechnung in das Grundgehalt,
- Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Beamten,
- Möglichkeiten des vorzeitigen Ausscheidens aus dem Berufsleben
- Kennzeichnungspflicht.

Sowohl SPD als auch DIE LINKE waren sich mit der GdP einig darüber, dass der Erwartungsdruck bei unseren Kolleginnen und Kollegen extrem hoch ist und man zu einem annehmbaren Ergebnis kommen will.

14. Juni
- Das Spitzengespräch zu den so genannten Paketverhandlungen platzt! Am heutigen Tage sollten in der so genannten Ministerrunde die Gespräche / Verhandlungen mit den Gewerkschaften zur Übernahme des Tarifergebnisses, zur Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes und zu Regelungen des Alternsgerechten Arbeitens abgeschlossen werden. Doch 2 Stunden vor Verhandlungsbeginn teilt man uns mit, dass der Termin wegen der Hochwassersituation und krankheitsbedingt verschoben werden muss.
- Die Gewerkschaft der Polizei fordert den Ministerpräsidenten auf, die Verhandlungen endlich zur Chefsache zu machen und schnellstmöglich zu einem Ende zu bringen.
18. Juni
- Neben der Forderung der Gewerkschaft der Polizei nach zentralen Unterkunftsmöglichkeiten an der FHPol sowie den Verzicht auf die Erhebung einer Zweitwohnsitzsteuer durch die Stadt Oranienburg stellt die GdP unsere Auszubildenden und Studierenden eine Übersicht über günstigen Wohnraum zur Verfügung
18. Juni
- Nachdem das Spitzengespräch zur Übernahme des Tarifergebnisses am 14. Juni geplatzt war, ruft die Gewerkschaft der Polizei zu einer Aktion anlässlich des diesjährigen Sommerfestes der MAZ am 19. Juni auf. Und plötzlich gibt es einen neuen Termin für den 21. Juni.
- Andreas Schuster: *„Sollten wir erneut hingehalten oder uns völlig unannehmbare Vorschläge auf den Tisch gelegt werden, wird der unter unseren Kolleginnen und Kollegen angestaute Frust aus einem „Mückenstich“ eine „Mückenplage“ werden lassen.“*
- Angesichts des schnell anberaumten Termins verzichten wir auf eine Demo zum Sommerfest der MAZ im Krongut Bornstedt.
21. Juni
- Das lange geforderte Spitzengespräch zwischen Landesregierung und Gewerkschaften findet auf unseren Druck endlich statt. Die zunehmende Zerstrittenheit der Koalitionsparteien SPD und DIE LINKE erschwert die Gespräche zusätzlich. Aber ein Ergebnis kommt zustande.
- Besoldungserhöhung zum 1.6.2013 um 2,65 % und zum 1.6.2014 um weitere 2, 0 %.
 - Weihnachtsgeld von 250 € (gezwölfelt und in Monatsgehalt gerechnet,
 - Teilzeitregelung für den mittleren Dienst (80 % Arbeitsanteil bei

- 85 % Lohnausgleich für 2 Jahre,
- Erhöhung des Einstellungskorridors von 175 auf 240
- Nachverhandlungen zum TV-Umbau.

26. Juni

Am jährlichen Beachvolleyballturnier der Jungen Gruppe im EJB Werbellinsee treten wieder Mannschaften der FD Besondere Dienste, der FHPol der Polizeidirektionen und ein Team der Jungen Gruppe Berlin gegeneinander an. auch wenn das Wetter dieses Mal nicht so richtig mitspielt, tut das der guten Stimmung keinen Abbruch.



2. Juli

Die Brandenburger Landesregierung straft ihre Polizisten erneut ab. Das Kabinett beschließt in seiner Sitzung den umstrittenen Gesetzentwurf zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Statt einen „Gleichklang“ mit den Tarifbeschäftigten herzustellen, beschließt die Rot-Rote Landesregierung die schärfste Regelung bundesweit. Lediglich der gehobene Dienst soll Zeiten im Schichtdienst, beim SEK, MEK und Personenschutz angerechnet bekommen.

Andreas Schuster: *„Diese Landesregierung spaltet immer mehr den Öffentlichen Dienst. Sie spaltet durch Abkopplung Tarifbeschäftigte und Beamte, durch nicht nachzuvollziehende Lebensarbeitszeitregelungen die Beamten der unterschiedlichen Laufbahnen und durch die undifferenzierte Anrechnung von Arbeitszeitmodellen die Beamten des gehobenen Dienstes von denen des mittleren und des gehobenen Dienstes.“*

12. August

Auf Initiative der Gewerkschaft der Polizei beginnt in der Polizei eine Umfrage zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind in den nächsten 4 Wochen aufgefordert, mit einem online-Fragebogen zu bewerten, wie familienfreundlich die Brandenburger Polizei tatsächlich ist und welche Vorschläge sie zur Verbesserung der Situation haben.

12. August

Der Fachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht berät in der Geschäftsstelle zu den Themen Lebensarbeitszeit, Evaluierung der Polizeistrukturreform, Topfwirtschaft und die rechtlichen Konsequenzen bei Beförderungen, Neueinstellungen im Vollzug und der Verwaltung, Beurteilungen, Gesundheitsmanagement und die Modernisierung der GdP-Arbeit.

Kollege Hans-Dieter Fuths legte zum Ende der Beratung sein Amt als Vorsitzender des Fachausschusses nieder. Neuer Vor-

- sitzender wird der bisherige Stellvertreter, Michael Seidenschwanz.
21. August Bei seiner Verabschiedung findet Woidke erstaunlich offene Worte:
- Ja, er habe den Polizisten viel zugemutet!
 - Ja, wir haben Probleme in vielen Liegenschaften!
 - Ja, Brandenburg ist nicht Schleswig-Holstein!
 - Ja, wir haben ein Beförderungproblem! und
 - Ja, wir haben ein Problem mit der Grenzkriminalität!
28. August Der Brandenburger Landtag wählt einen neuen Ministerpräsidenten. Mit einer Mahnwache empfangen rund 100 Kolleginnen und Kollegen den designierten Ministerpräsidenten Woidke. Natürlich geben wir seinem Nachfolger, Herrn Holzschuher, unsere Forderungen und Erwartungen zur beabsichtigten Anhebung der Pensionsaltersgrenzen, die an diesem Tag in erster Lesung im Landtag behandelt wird, mit auf den Weg in den Landtag.
23. August Beratung mit den ÖD-Gewerkschaften. Ausgangspunkt ist das Angebot der Landesregierung, den Tarifvertrag zum Verwaltungsumbau zu überarbeiten. Die Gewerkschaften verständigen sich darauf, die Landesregierung aufzufordern, den TV-Umbau fortzuschreiben und um Aspekte des
- alternsgerechten Arbeitens,
 - vorzeitigen Ausscheidens aus dem Arbeitsprozess,
 - des Wissenstransfers an die nachrückende Generation sowie
 - die Übernahme aller Regelungen für den Bereich der Beamten zu ergänzen.
2. September Auch in diesem Jahr wird es wieder 600 Beförderungen / Höhergruppierungen in der Polizei geben. Grund genug, darauf aufmerksam zu machen, dass das noch lange nicht ausreicht, die Leistungen all derer zu würdigen, die es verdient hätten. Die Gewerkschaft der Polizei fordert den Polizeipräsidenten auf, auch Beförderungen nach A 9 Z durchzuführen. Zwischen GdP und Innenministerium gibt es zu diesem Punkt übrigens volle Übereinstimmung.
20. September Die Landessenorenkonferenz findet in Prieros statt. Seniorinnen und Senioren der Kreisgruppen legen Rechenschaft über die geleistete Arbeit ab und brachten auch Anträge an den Landesdelegiertentag der GdP im Februar 2014 auf den Weg. Kollegin Sigrid Graedtke wird wiederum zur Vorsitzenden der Landessenorengruppe gewählt
23. September Der Landtag beschließt das neue Besoldungs- und Versorgungsgesetz. Damit wird auch endlich die Versorgungslücke unserer Pensionäre geschlossen.

- 30.9. – 2.10. in Prieros findet das Seminar „Vertrauensleute I“ statt. Leider bleiben viele der möglichen Plätze leer. Andererseits haben unsere Teamer so die Gelegenheit, sich so intensiv wie sonst selten mit den Teilnehmern zu beschäftigen.
24. Oktober Übergabe unserer Petition Rente/Pension mit 67 an die Vorsitzende des Petitionsausschusses, Frau Fortunato. Insgesamt haben wir 7362 Unterschriften gesammelt. Und der Übergabetermin war nicht zufällig gewählt.
26. September Der Landtag beschließt in zweiter Lesung die Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamten. Doch entgegen den Versprechungen von Finanzminister Markov und dem damaligen Innenminister Woidke anlässlich des Sommerfestes der MAZ im Schloss Lindstedt werden die Beamten wieder zeitlich und inhaltlich von den Tarifbeschäftigten abgekoppelt.
9. bis 13. Oktober Die vierte Landesseniorenfahrt führt unsere „Ehemaligen“ dieses Mal nach Bayern.
21. - 23. Oktober Im Seminar „Junge Gruppe“ tauschen sich unsere „Nachfolger“ zu Fragen der aktuellen Gewerkschaftspolitik, Stressbewältigung, 1. Hilfe und natürlich der Arbeit der Jungen Gruppe aus.
29. Oktober Die Gewerkschaft der Polizei lädt zu einem Politischen Stammtisch ins Café „Heider“ ein. Neben dem Innenminister, Herrn Ralf Holzschuher nehmen auch die Innenpolitischen Sprecher von SPD und DIE LINKE, Britta Stark und Hans-Jürgen Scharfenberg und der Fraktionsvorsitzende von DIE LINKE, Christian Görke teil. Auf der anderen Seite gut 30 Kolleginnen und Kollegen aus dem WWD, der Kripo, von den Verkehrsdiensten, der Prävention u.a.m.
Dieses Mal drehen wir den Spieß um. Statt wie bisher die Politik mit unseren Argumenten zu konfrontieren, sollen uns nun die Politiker den Gesetzentwurf zur Lebensarbeitszeit erklären. Und natürlich können sie uns diese unsinnige und für keinen nachvollziehbare Regelung nicht erklären. Und zum Ende der Veranstaltung sagten alle Gäste sogar zu, sich noch einmal mit dem Gesetzentwurf, insbesondere mit den unterschiedlichen Regelungen für den mittleren und gehobenen Dienst zu befassen. Und tatsächlich werden am folgenden Tag Arbeitsaufträge im Innen- und im Finanzministerium ausgelöst.
5. November Der Fachausschuss „Kripo“ berät in der Geschäftsstelle und befasst sich mit Problemen der Polizeistruktur. Als Ursachen für die teils problematische Situation werden:
- hohe Vorgangsbelastungen und nicht stimmige Personalausstattung,
- Fehlende Aufgaben- und Zuständigkeitsregelungen, insbesondere in Richtung FD LKA und Direktion,
- fehlende Führungskräfte in den KKI,

- fehlende Kriminaltechniker an den Sandorten der KKI-Sachbearbeitung,
 - enormer Ressourcenverbrauch durch die Verantwortung der Verwahrstellen in den Polizeiinspektionen auf Kosten der KKI,
 - mangelnde Qualität des ersten Angriffs und damit verbundenen Nachermittlungen,
 - mangelnde Ausbildung und Nachwuchsgewinnung für die Kripo
- herausgearbeitet.

6. November Nach mehreren Gesprächen mit dem Polizeipräsidenten und Befassung im Rahmen der Monatsgespräche durch den Gesamtpersonalrat werden endlich für den Kriminaldauerdienst wärmende Arbeitsschutzjacken und -hosen durch das Polizeipräsidium beschafft.
7. November Ein trauriger Höhepunkt im Streit um die Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Trotz aller unserer Maßnahmen und Argumente und obwohl uns namhafte Vertreter von SPD und DIE LINKE kurz zuvor nochmalige Überlegungen zugesagt hatten, empfiehlt der Innenausschuss dem Landtag die Annahme des Gesetzes zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Beamten.
19. November Der GdP-Beirat tagt in Michendorf und berät zu aktuellen gewerkschaftlichen Themen. Die anwesenden Vertreter beraten und beschließen die Listen für die Wahlen des Gesamtpersonalrates und des Polizei-Hauptpersonalrates.
21. November Mit großer Mehrheit und ohne Gegenstimmen von der SPD und DIE LINKE stimmt der Brandenburger Landtag dem Gesetzentwurf zur bundesweit schärfsten Regelung zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit für die Beamten zu.
29. November Die Gewerkschaft der Polizei erneuert den Aufruf an ihre Mitglieder zur Geltendmachung der Besoldung nach der jeweils höchsten Stufe. Am Vortage hat der Generalanwalt seine Schlussanträge vor dem Europäischen Gerichtshof in den anhängigen Verfahren zur Altersdiskriminierung gestellt. Mit einer Entscheidung des EuGH ist in etwa 4 bis 6 Monaten zu rechnen.



In den Polizeidirektionen und im Polizeipräsidium werden 420 Kolleginnen und Kollegen für ihre gute Arbeit befördert bzw. höher gruppiert. Dennoch macht die GdP deutlich, dass weit mehr eine Beförderung verdient hätten. Leider können aber auch 45 Beförderungen wegen anhängiger Klageverfahren nicht vorgenommen werden.

3. Dezember

Der Fachausschuss „Kripo“ fordert den Erhalt des Brandenburgischen Landesinstitutes für Rechtsmedizin. 500 Sektionen, 300 Gutachten über 6000 Analysen rechtfertigen nicht nur den Erhalt des Institutes. Mit der Angliederung an eine Klinik steht auch die Unabhängigkeit der Rechtsmediziner auf dem Spiel.